

Der Steinmetz

Wochenzeitschrift des Zentralverbandes der Steinmetzen Deutschlands

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. — Bezugspreis vierteljährlich durch die Post 3 Mark. — Eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 7528. — An Nichtverbandsmitglieder wird die Zeitung unter Kreuzband nicht versandt.

Schriftleitung und Versandstelle in Leipzig
Gerberstr. 1^{IV} Viktoriahotel. Fernruf 7503

Schluß des Blattes: Montags, mittag 12 Uhr. — Die Anzeigengebühr beträgt für die dreispaltige Kleinzeile 2 Mark. — Anzeigen werden nur bei vorheriger Einsendung der Kosten aufgenommen. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 38

Sonnabend, den 16. September 1921

25. Jahrgang

Lohnbewegungen.

Zur Beachtung! Notizen unter dieser Rubrik werden nur dann jede Woche wiederholt, wenn der Schriftleitung bis spätestens Montag früh entsprechende Mitteilung vorliegt.

Jedes Verbandsmitglied hat bei Arbeitsangeboten nach den unten genannten Orten unter: „Sperr-, Streik-, Zuzug fernhalten“, in jedem Fall Erkundigungen von der Ortsverwaltung der betreffenden Zahlstelle einzuholen. Wer das unterläßt und ein Arbeitsverhältnis nach diesen Orten eingetht, stellt sich außerhalb des Verbandsrahmens und kann ausgeschlossen werden.

Sperrt:

Grabsteingeschäft Reiner, Augsburg-Pferrsee. Firma Kubens, Kallberge (Müdersdorf). In Stuttgart sämtliche Betriebe. Friedrich Krapp, Eisenach. Firma Horn in Raumburg. Obenb. (Firma August Köllner). Melefeld (der Basaltbetrieb der Firma Leimbach u. Co. am Sodenberg). Grabsteingeschäft Georg Meder in Astenburg o. L. In Bremen Platz Berger und Traube (Grabsteingeschäft). In Paderborn Franz Kolf, Grabsteingeschäft. Sieber u. Geißer, Grabsteingeschäft in Billingen.

Streik:

In Essen (Steinmetzen in sämtlichen Grabstein- und Baugeschäften). In Bilmars (Grabsteingeschäft), Saalburg (Marmor). Weicha-Grinna-Wurzen (Pflasterstein und Granitwerkstein). Eberbach und Umgebung (Baden), Coblenz, Köln (Marmorarbeiter). In Lauterbach (Pfalz) und Deidesheim, Osterode a. Harz (Marmorarbeiter).

Zuzug ist fernzuhalten:

Außer den genannten Orten unter Sperr- und Streik nach Osnabrück, Bennigsen b. Hannover. Memmingen (Bahren), Bochum, Böbenbüren i. Westf., Trier (Firma Schüller). Wriegen (Betrieb Wullf), Freienwalde (Betrieb Franke), Wulsdorf, Waldenburg (Schles.) und Umgebung.

Fränkisches und Badißes Muschelfalksteingebiet. Durch ein Versehen ist die Notiz in Nr. 37 unter „Erliebte Bewegungen“ geraten. Beim Lesen der Notiz wird übrigens jeder Kollege es schon selbst gemerkt haben.

Pflastersteinwerke des Tarifbezirks Mittel- und Südbaden. Verhandlungen mit den Firmen wegen einer Lohnzulage von 25 Prozent auf die derzeitigen Lohnsätze sind infolge des unzureichenden Angebotes der Unternehmer gescheitert. Es kommen in Frage Lütchenbach, Malsburg bei Randern, Furschenbach, Seebach und Hornberg.

Eberbach i. Baden. Die unter der Leitung eines Vertreters des badischen Arbeitsministeriums Herrn Gewerberat Sahn-Winkel mit den Firmen des Sandsteingebietes Weckertal geführten Einigungsverhandlungen führten abermals zu keiner Einigung, da die hierbei gemachten Lohnzugeständnisse der Arbeitgeber von den Kollegen als gänzlich unzureichend abgelehnt wurden. Der Streik nimmt deshalb seinen weiteren Fortgang. Die Kollegen sind zum Teil bereits anderweitig untergebracht.

Erliebte Bewegungen.

Kupferdreh. Die in Nr. 35 veröffentlichte Sperr- der „Kunststeinwerke“ (Firma Vereinigte Steinwerke G. m. b. H.) beruht auf voreiliger Information, die der Schriftleitung von Kupferdreh übermittelt wurde. Der Betriebsrat der Firma legt Gewicht darauf, daß bekannt wird: „Es hat kein Grund vorgelegen, die Firma zu sperren!“

Frankfurt a. Main. Für die Bausteinmetzen wurde vereinbart, daß der Stundenlohn vom 16. Juli 7.40 M. beträgt. Im weiteren richtet sich deren Lohn nach dem der Maurer, unter Einhaltung der hierbei in Frage kommenden Termine. — Für die Grabmal- und Marmorbranche wurde vom Schlichtungsausschuß entschieden: Stundenlohn ab 20. August 1921 für Steinmetzen und Schleifer 7.40 M., Maschinenarbeiter 7.25 M., Hilfsarbeiter 6.80 M. Die vorgenannten Sätze gelten nur für die Werkstatt. Außerhalb der Werkstatt erhöhen sich die Stundenlöhne um 50 Pf. für jede Gruppe.

Tauberhofsheim und Kilbhausen (Wehsteinfabriken). Auf Grund von Verhandlungen werden die Löhne um 25 Prozent aufgebessert. Dies bedeutet eine Stundenlohnsteigerung von 1 M. für die Verheirateten und 50—90 Pf. für die Jugendlichen und Ledigen. Der Akkordlohn wurde entsprechend erhöht und die Lohngarantie (voll) eingeführt. Bei Neuregelung von Akkord sind die Sätze so zu gestalten, daß 30 Prozent über den Stundenlohn verdient wird. Der achtstägige Lohnschichttag wird eingeführt.

Mürnberg (Marmorbranche). Wie bereits berichtet, wurde der Streik nach vierwöchiger Dauer beendet. Die bisherigen Stundenlöhne erhöhen sich ab 5. September für Steinmetzen, Polierer usw. um 50 Pf., für Hilfsarbeiter um 45 Pf. und für Frauen um 25 Pf. Ab 15. September und ab 15. Oktober erhöhen sich die Stundenlöhne um je 20 Pf. für männliche Arbeiter und für weibliche um je 10 Pf. Eine neue Lohnklasse für „Massivsteinmetzen“ wurde geschaffen, die 40 Pf. höher ist, wie die der „Plattensteinmetzen“. Die Montagezulage für Nürnberg und Fürth erhöht sich auf 40 Pf. pro Stunde. Sämtliche Arbeitnehmer werden bei Arbeitsaufnahme eingestellt, können jedoch bei Arbeitsmangel in einer anderen Abteilung beschäftigt werden. Der Streik gilt nicht als Arbeitsunterbrechung.

Erfurt. Der beendete Streik brachte eine 14prozentige Erhöhung der bisherigen Löhne. (Steinmetzen 8 M., Schleifer 7.10 M., Hilfsarbeiter 5.70 M.) Arbeitszeit für Steinmetzen 7½ Stunden, die übrigen haben 8 Stunden.

Demitz-Thumitz. Die Aussperrung im Lausitzer Granitbezirk endete mit nachstehender Abmachung vor der Amtshauptmannschaft Bauhen: Die Grundlöhne der Steinmetzen und aller Akkordarbeiter werden um 5 Pf. erhöht, die der Hilfsarbeiter um 10 Pf. Darauf erfolgt der jeweilige Teuerungszuschlag; vom 18. August 460 Proz., vom 1. September 480 Proz., vom 15. September 500 Prozent. Für die während der Aussperrung verlorene Arbeitszeit wird jenen Arbeitern, die bis zum 9. September wieder antreten, eine Lohnentschädigung von 20 Stunden nach den Sätzen des Urlaubsgeldes gezahlt. Steinpfeiler sind davon ausgeschlossen.

Brandenburg. Streik beendet, Zulage pro Stunde 1 M.

Breslau. Durch Einwirkung des Schlichtungsausschusses wurde eine Einigung erzielt und der Streik beendet. Auf die bestehenden Löhne erfolgt ein Zuschlag von 80 Pf. pro Stunde. Auf den Schrift-hauertarif kommen 20 Proz., Schleiferinnentarif 450 Proz. Auch die „Auslöschungssätze“ wurden neu geregelt.

Paderborn. Die Arbeit wurde wieder aufgenommen und die Entscheidung über die strittigen Fragen dem Schlichtungsausschuß übertragen. Platz Franz Kolf bleibt gesperrt.

Wehsteinbetrieb Wolbisthal (Th.). Für die über 21 Jahre alten Arbeiter wurden die Stundenlöhne ab 15. August um 1 M. erhöht. Für die jüngeren Steinmetzen ist die Erhöhung geringer. Die Ferienfrage wurde neu geregelt.

Ufersmühle. Der Streik in den beiden Bruchbetrieben ist beendet. Näherer Bericht folgt.

Hannover. Streik nach 14tägiger Dauer mit Erfolg beendet. Der Stundenlohn beträgt für Steinmetzen 8.20 M., Marmorarbeiter 7.80 M. Am 1. Oktober 1921 tritt eine weitere Steigerung ein von 40 Pf. Für Steinmetzen soll der Lohn über 10 Prozent höher sein wie jener der Maurer, während für die Marmorarbeiter deren gleicher Lohn gilt.

Widemann. In Verhandlungen am 8. September in Goslar kam folgende Zulage zur Vereinbarung: Vom 15. August 15 Prozent und vom 15. September insgesamt 20 Prozent vom verdienten Lohn.

Zur Situation.

Während die Lohn- und Gehaltsempfänger fortwährend ringen, um Licht und Luft im existenziellen Kampfe zu behalten, ziehen sich abseits von dem politischen Wetterwolken in Deutschland zusammen. Die Revolvergeschüsse, die den früheren Reichsminister Erzberger niedertraten, zeigten mit Deutlichkeit, wohin die Fahrt gehen soll. In flammenden Protesten und wirkungsvollen Demonstrationen haben alle Anhänger der deutschen Republik bewiesen und bekundet, daß sie auf der Wacht stehen und nicht gewillt sind, auch nur ein Jota der seit dem Umsturz immer sicherer tätigen Rückwärtsfahrt entgegenzukommen. Die arbeitenden Volksgenossen haben übergenug von dem hinweggefegten Regierungssystem. Alle damit zusammenhängenden Einrichtungen und Auswirkungen haben jeden Einsichtigen das „Nie wieder“ eingebrannt in Herz und Sinn und — Faust. Wenn nur alle Dunkelmänner, die fortwährend von der Reaktion offen und heimlich gepfeift werden, das endlich einsehen wollten, einsehen, ehe schließlich das gesamte Arbeitsvolk die warnend und drohend erhobene Faust mit dem eingekramten Willensspruch niederfallen läßt. Es hat leider wirklich den Anschein, daß es erst soweit kommen muß.

Unser ganzes Wirtschaftsgetriebe mit seiner Abhängigkeit von der Weltwirtschaft vertritt diesen unheilvollen Zustand nicht mehr. Während von draußen fortwährend drohend die Peitsche von Zeit zu Zeit mit laut vernehmbarer Schnalzen über uns als Volksgemeinschaft geschwungen wird, stehen sich Gruppen dieser Volksgemeinschaft einander belauernd, sprunghaft gegenüber, um sich die Nennmöglichkeit abzumachen. Das ist unerträglich! Macht, Verjährte und verstaubte Auffassungen, die Sorge um den Besitz und die damit zusammenhängenden bedrückten Lebensumstände auf der einen Seite und die fahle bittere Not der besten Kräfte des Volkes, der wertvollsten, weil sie arbeiten, sind der Untergrund, auf dem diese unerträglichen Verhältnisse emporenwuchern! Ein gewisses Gemeinschaftsgefühl könnte von diesen Zuständen allerdings viel beseitigen. Doch „Können“ und „Wollen“ setzen bestimmte Eigenschaften voraus, die leider nur bei einem Teil des Gesamtvolkes zu finden sind.

So wird nun schon seit Jahren gelebt und fortgewirbelt. Die Zeit schraubt sich ab, ohne in der nackten Existenzfrage von heute auf morgen, für den einzelnen wie für die Gesamtheit, in der Politik wie in der Wirtschaft eine sichtvolle Veränderung zu bringen. Die Spanne Zeit, die nach dem Umsturz bereits hinter uns liegt, zeigt, was versäumt wurde und wie manches anders hätte gemacht werden sollen. Die damalige Sorge für die leiblichen Bedürfnisse ließ viele andere, auch wichtige und notwendige Änderungen in den Hintergrund treten. So wurde dann manches unterlassen, was heute rücksehend übersehen, man damals besser und schneller nach Steinmetzart glatt geschärft hätte. Es ist schon vor längerer Zeit bei einer anderen Gelegenheit von einem ausländischen Genossen gesagt worden: „Das tragische Geschick der deutschen sozialistischen Arbeiterbewegung war nach dem Umsturz ihre Uneinigkeit“. Diese Erkenntnis wird dem Arbeitsvolk noch oft dümmern, sie muß auch in der jetzigen Situation, die durch die zwölf Revolvergeschüsse in Griesbach eingeknallt wurde, beachtet werden!

Das Wort Einheitsfront spielt jetzt eine große Rolle, wird von allen Arbeitergruppen geprägt und gewiß gebraucht es viele in dem stillen Glauben, daß die Einheitsfront unter der politischen Richtung zustande kommt, von der sie das Mitgliedsbüchel in der Tasche tragen. Besonders laut wird es auf der äußersten Linken gerufen, die bekanntlich alles durch die russische Brille sehen und in einer beinahe krankhaften Weise das russische Sowjetssystem verherrlichen. Auf diese Art und unter dieser Führung ist für die Mehrzahl des deutschen Arbeitsvolkes eine Einheitsfront unentbehrlich und es hieße Vögel-Strauß-Manier annehmen, so etwas nicht mit aller Deutlichkeit auszusprechen. Eine Einheitsfront ist notwendig, sie ist aber unter den heutigen Anschauungen in der Arbeiterbewegung nur denkbar bei ganz besonderen Anlässen, die das Zunächstliegende berühren, wie gegenwärtig das Verlangen nach: Sicherung der Republik und der Volksrechte, Unterordnung einzelner Staaten unter die Verfassung der Republik, Aufhebung des Belagerungszustandes in Bayern, energisches Vorgehen gegen die Nordsee der Reaktion, gegen militärisch-nationalistische Kundgebungen und für Demokratisierung der Verwaltung und Justiz.

Der Aufruf in voriger Nummer des „Steinmetzers“ vom Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes an Arbeiter, Angestellte und Beamte beweist, daß die wirtschaftlichen Organisationen der Lohn- und Gehaltsempfänger mit besonderer Aufmerksamkeit bereit zur Abwehr, die Vorgänge verfolgen. Denn wir müssen uns klar darüber sein, daß die Auswirkung des Vorhabens der Reaktion die wirtschaftliche Lage des Arbeitsvolkes am meisten treffen würde. Die Aufzählung im einzelnen können wir unterlassen. Jedem von uns ist bekannt, wie die mühsam zusammengetragenen Rechte der arbeitenden Bevölkerung dem besitzenden Teil, ferner dem in der Volksgemeinschaft schmarokhenden und wuchernden Teil, auch einer gewissen Gruppe von Beisetern ein Stein des Anstoßes sind. Deshalb haben wir Ursache, immer

gerüstet zu sein und wenn es sein muß, mit „Bähen und Klauen“ die innehabende Position zu verteidigen.

Jeder Vorgang birgt Lehren in sich. Wir gewerkschaftlich organisierten Arbeiter können nur wünschen, daß auch auf politischem Gebiet eine breitere Beteiligung des Arbeitsvolkes sich durchringt; wir meinen es so, daß in allen Funktionen und Aemtern sich Leute einmischen sollen, die nicht unter die Gruppe der Beisetzer, der Wucherer und Schmaroker und der Nurbesitzenden fallen, sondern die mit Mächtigkeitsgefühl, klaren Willen und unbedeutigen Worten und Willen der Republik zur Verfügung stehen. Unsichere Kantonalisten haben uns als Volk jetzt genug geschädigt, nun mag es damit Schluß sein. Hoffentlich hat auch die christlich organisierte Arbeiterbewegung den nötigen Anstoß durch den Mord eines ihrer Führer erhalten, so daß auch hier eine Brücke geschlagen ist, die fest genug steht, um das natürliche Solidaritätsgefühl des Arbeitsvolkes zu tragen.

Steht so geschlossen der Wille, dann ist es eine Mauer, an der auch der bahrische Eigenfinn — der schon mehr als einmal die Gesamtheit bedroht und auch geschädigt hat — sich brechen wird, ohne daß es zu einer Trennung innerhalb unserer bahrischen Volksgenossen zu kommen braucht.

Die Zeit der Säbelrazzler, der Origielt und Untertanen ist endgültig vorüber und wer es nicht begreifen kann oder nicht will, nun, der muß bei Wahrung aller Menschenrechte zur Käfig gebracht werden. Zu dieser Möglichkeit haben wir Lohn- und Gehaltsempfänger der Republik und ihren ausführenden Organen die nötige Macht zu geben. Wir sind sicher, daß keines unserer Mitglieder darin zurückstehen wird und wenn einmal der Ruf ertönt, unsere Kollegen sogar mit Fäustel und Eisen freudig herbeieilen; sie werden dann mit kräftigen Steinhauer schlägen von allen Steinfassaden in jeder Stadt, in jedem Nest die Worte „Königlich“ oder „kaiserlich“ oder „großherzoglich“ dauernd entfernen, damit auch endlich mit diesem äußeren Perückenramm aufgeräumt wird und die Fassade der Republik ein zeitgemäßes Gesicht bekommt!

13. Bundesausschußsitzung vom 16. bis 18. August 1921.

Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes trat in diesen Tagen zu seiner 13. Sitzung zusammen. Der Vorsitzende Leipart eröffnete dieselbe mit einem Nachruf für den verstorbenen Vorsitzenden Fritz Schrader, dessen Andenken der Ausschuß in der üblichen Weise ehrte.

Der Geschäftsbericht des Verbandes wurde vom Vorsitzenden Leipart in längeren Ausführungen mündlich ergänzt. Leipart berichtete über die derzeitige Lage in Oberschlesien, über den Stand der Arbeitslosigkeitsbekämpfung, über die zur Behebung des Notstandes in Rußland eingeleiteten Maßnahmen des Vorstandes und des Internationalen Gewerkschaftsbundes, sowie über eine Reihe interner Verwaltungsangelegenheiten. Nach längerer Aussprache wurden die Maßnahmen des Bundesvorstandes auf dem Gebiete der Arbeitslosigkeitsfrage, insbesondere die Einstellung eines weiteren Sekretärs zu diesem Zweck, gutgeheißen. Die früheren Beschlüsse des Bundesausschusses, betr. Aufbringung eines Hausfonds, bestätigt und der Vorstand ermächtigt, ein Mitteilungsblatt zur Information der Ortsausschüsse herauszugeben.

An zweiter Stelle berichtete Slobitz im besonderen über die Arbeitslosenfrage. Er hob hervor, daß der Umfang der Arbeitslosigkeit gegenwärtig im Zurückgehen begriffen sei und daß in anderen Ländern zum Teil eine noch weit größere Arbeitslosigkeit vorhanden sei. Besonders stark werde in Deutschland noch immer Berlin betroffen, das allein 30 Prozent aller unterstützten Arbeitslosen im Reich und 61 Prozent von Preußen beherberge. Die Arbeitsbeschaffung in Berlin sei rückständig, was sich aus der ungenügenden Finanzlage der Reichshauptstadt erkläre. Neuerdings seien für die Fortsetzung der Nord-Südbahnarbeiten 180 Millionen Mark Reichszuschuß zur Verfügung gestellt worden, so daß hiervon eine Belebung der Arbeitstätigkeit zu erwarten sei. Der Redner schildert die großen Schwierigkeiten, die die Arbeitgeberverbände den Gewerkschaftsvertretern bei der Kontrolle der für produktive Erwerbslosenfürsorge ausgebenen Aufträge bereiten.

Inbesondere verweigern sie jede Auskunft darüber, an welche Firmen diese Aufträge vergeben werden. Auch die Arbeitslosenfürsorge stößt verächtlich auf Widerstände, selbst bei den Arbeitnehmern, vor allem in den Eisenbahnwerkstätten. Im Baugewerbe macht sich zur Zeit mancherorts ein Mangel an gelernten Bauarbeitern, insbesondere Maurern, bemerkbar, zu dessen Behebung die Organisationen des Baugewerbes geeignete Schritte beraten müßten, sei es durch Heranziehung ehemaliger Bauhandwerker aus anderen Industrien, durch Anlernung von Bauhilfsarbeitern oder durch größere Einstellung von Lehrlingen. Die Debatte war fast ausschließlich von diesen Erscheinungen im Baugewerbe beherrscht, wobei die Vertreter des Baugewerbes ihre Mitarbeit zur Behebung dieser Mängel zusagten. Der Tätigkeit des Bundesvorstandes wurde zugestimmt.

Sodann nahm der Bundesvorstand nach einem ausführlichen Referat von Leipart Stellung zu den neuen Preissteigerungen und zu den vom Bundesvorstand vorgelegten Kundgebungen. Eine Resolution des Verbandes der Dachdecker verlangt die Einleitung einer Protestbewegung gegen die Brotverteuerung. Der Referent erachtete eine nachträgliche Protestbewegung gegen ein vom Reichstag bereits beschlossenes Gesetz als nutzlos und hielt dafür, daß die Gewerkschaften ihre Kraft nunmehr darauf konzentrieren müssen, durch Lohnbewegungen einen Ausgleich herbeizuführen. Der Redner erinnerte an die Verhandlungen in der Zentral-Arbeitsgemeinschaft, bei welcher die Vertreter der Arbeitgeber bereits zugestimmt hätten, für einen Lohnausgleich, falls nicht durch Senkung anderer Lebensmittelpreise ein Ausgleich von selbst eintrete, einzutreten. Die letztere Erwartung habe sich nicht erfüllt, denn die Indexziffern der Lebensmittelpreise seien von 924 im Januar dieses Jahres auf 963 im Juli gestiegen. Auch zu den ganz erheblichen Steuerübermehrunge, die den Haushalt des Arbeiters belasten, müsse dabei zugleich Stellung genommen werden. Im weiteren könnten sich die Gewerkschaften der Aufgabe nicht länger entziehen, an einer Umstellung der Wirtschaftspolitik mitzuwirken, denn mit der gegenwärtigen Wirtschaftsverfassung würde das deutsche Volk niemals aus der Not und Verelendung herauskommen. Ein fertiges Wirtschaftsprogramm könne heute noch nicht vorgelegt werden. Die Resolutionen begnügen sich mit allgemeinen Erwägungen. Vielleicht empfehle sich die Einsetzung eines besonderen Sachverständigenausschusses zur Vorbereitung

eines solchen Programms. In der Aussprache wurde verschiedentlich Kritik an dem Verhalten mancher Arbeitnehmervertreter in Gemeinwirtschaftskörnern und sonstigen Vertretungen geübt, die ihre Berufszweige über die allgemeinen Volkswirtschaftlichen Interessen stellen und geneigt wären, Preissteigerungen zuzustimmen, falls damit ihre Lohnbewegungen erleichtert, oder dem Beruf mehr Beschäftigung zugeführt werden könne. Der Bundesausschuß stimmte den vorgelegten Resolutionen zu.

Die Resolution des Verbandes der Dachbeder wurde zurückgezogen, dagegen wurde ein Protest gegen die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände beschlossen.

Danach nahm der Bundesausschuß Stellung zu den Gesetzentwürfen einer Schlichtungsordnung, eines Arbeitsnachweis-Gesetzes und eines Tarifvertrags-Gesetzes. Der Referent Umbricht berichtete zunächst über die leitenden Prinzipien des in Ausarbeitung befindlichen einheitlichen Arbeitsrechts, das vor allem den wirtschaftlichen Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer einen weitgehenden Einfluß auf die Weiterentwicklung und Verwaltung des Arbeitsrechts übertragen soll. Daraus ergibt sich nicht nur die Pflicht zu positiver Mitarbeit, sondern auch ein höheres Maß von Verantwortung und Selbstbeschränkung, um die Selbstverwaltung möglichst reibungslos durchzuführen.

Er behandelte dann die wichtigsten Bestimmungen der Schlichtungsordnung. Die Vorzugsstellung der vertraglichen Schlichtungsstellen, den Aufbau der Schlichtungsbehörden, den Verhandlungszwang mit dem im Entwurf vorgesehenen Beschränkungen, der Streikfreiheit, sowie der Verbindlichkeit von Schiedssprüchen. Der Verhandlungszwang sei in Gewerkschaftskreisen kaum jemals bestritten worden, um so mehr müsse man sich gegen die Ausnahmebestimmung wenden, die der Entwurf den Arbeitnehmern in gemeinnützigen Betrieben zuerkennung. Auch die siebenjährige Schutzfrist vor Streiks und Aussperrungen war für die Gewerkschaften von Nachteil. Es sei im Reichswirtschaftsrat gelungen, mit den Arbeitgebern ein einstimmiges Votum zu erzielen, wonach die Ausnahmebestimmung der Arbeiter gemeinnütziger Unternehmungen beseitigt und die siebenjährige Schutzfrist auf drei Tage verringert werden soll. Dagegen soll die im Entwurf für gemeinnützige Betriebe geforderte Abstimmung vor Streiks und Aussperrungen verallgemeinert werden. Die Verbindlichkeit von Schiedssprüchen dagegen sei ein wirklicher Eingriff in die Koalitionsfreiheit, sobald sie gegen den Willen einer der streitenden Parteien erfolge, und können sich ebenso gut wie gegen die Arbeitgeber auch gegen die Arbeitnehmer wenden. Man habe daher im Reichswirtschaftsrat größere Sicherungen dafür verlangt, daß auf jeder Seite wenigstens die Hälfte der Vertreter einer Verbindlichkeit zustimmen.

Beim Arbeitsnachweisgesetz beklagte der Redner, daß der Gedanke der Selbstverwaltung gegen die Herrschaftsansprüche der Gemeindeverwaltungen fast völlig zurückgetreten sei und daß weder die Meldepflicht, noch die Benutzungspflicht allgemein eingeführt worden sei. Der Entwurf sei im Reichswirtschaftsrat zwar durch Einräumung weiterer Rechte an die paritätischen Verwaltungsausschüsse in mehrfacher Hinsicht verbessert worden, doch scheiterte die Einführung des Benutzungszwanges am Widerstand der Unternehmer und der Minderheitsgewerkschaften.

Der Tarifvertrags-Gesetzentwurf stelle sich auf den von Prof. Singheimer vertretenen Standpunkt, daß nicht künstlich zu schaffende Gebilde von Berufsgemeinschaften, sondern nur Berufsvereine der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer tariffähig und geeignete Träger des Tarifwesens sein könnten. Er macht die Tarifverträge unabhängig für die Mitglieder der Tarifparteien und die, welche sich ihnen freiwillig unterstellt haben, darüber hinaus auch für unorganisierte Außenseiter, sobald alle tariffähigen Vereine innerhalb ihres fachlichen und räumlichen Geltungsbereiches an einem Tarif beteiligt sind. Die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen schließt sich an die gegenwärtige gesetzliche Regelung an. Endlich vertritt der Entwurf den Grundsatz, daß die Durchführung der Tarifverträge nicht durch Strafen und unbegrenzte Schadenersatzpflicht, sondern höchstens durch abdingbare begrenzte Geldbußen gesichert werden dürfe, da die Gewerkschaften gesellschaftliche Verwaltungskörper und notwendige Faktoren des sozialen Lebens geworden seien, deren Bestand man nicht

dem Zufall eines Tarifprozesses über die Höhe eines Tarifschadens aussetzen dürfe.

Der Redner unterbreitete zwei Resolutionen zur Schlichtungsordnung und zum Arbeitsnachweis-Gesetzentwurf, während eine abschließende Stellungnahme zum Tarifvertragsgesetz noch nicht beabsichtigt war. In der Debatte wurden vielfach schwere Bedenken gegen die einschränkenden Bestimmungen der Schlichtungsordnung geltend gemacht und an deren Stellungnahme der Gewerkschaftsvertreter im Reichswirtschaftsrat Kritik geübt. Es wurde denn auch von einer endgültigen Stellungnahme des Bundesausschusses zur Schlichtungsordnung noch abgesehen und ein Ausschluß von 7 Vertretern zur weiteren Durchprüfung dieses Gesetzentwurfes eingesetzt, dem auch zugleich der Tarifvertrags-Gesetzentwurf zur näheren Prüfung überwiesen wurde. Die vorgelegte Entschließung zum Arbeitsnachweisgesetz wurde einstimmig angenommen.

„Der Ausschluß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes bebauert, daß in dem vorliegenden Entwurf eines Arbeitsnachweis-Gesetzes der Grundsatz der Selbstverwaltung der Arbeitsnachweise gegenüber den Herrschaftsansprüchen der Gemeindeverwaltungen so wenig Anerkennung gefunden hat. Um so mehr, als die Interessenten der Arbeitsvermittlung zwei Drittel der gesamten Kosten im Wege der Arbeitslosenversicherung aufbringen sollen. Der Bundesausschuß warnt dringend vor jeder Bureaufkräftigung der Arbeitsvermittlung, weil sie die letztere ihrer eigentlichen Aufgabe entfremdet und schwere Mißbilligung in allen Kreisen des Wirtschaftslebens schafft.“

Er bebauert ferner die Nichtaufnahme der allgemeinen Meldepflicht und des Benutzungszwanges und verurteilt es entschieden, daß wiederum die Vertreter der Minderheitsgewerkschaften gegen diese Grundbedingungen jeder öffentlich-rechtlichen Arbeitsvermittlung aufgetreten sind.

Der Bundesausschuß ermahnt die Gewerkschaftsvertreter im Reichswirtschaftsrat in ihrem Bestreben, den Entwurf gewerkschaftlichen Forderungen entsprechend umzugestalten, nicht zu erlahmen, und erwartet schließlich von den Arbeiterparteien des Reichstages, daß auch sie jeder Bureaufkräftigung des Arbeitsnachweiswesens energisch Widerstand leisten.“

Eine sehr energische Erörterung widmete der Bundesausschuß den Organisationsbeziehungen zum Deutschen Beamtenbund, über deren Stand Lepart referierte. Der Redner bebauert, daß infolge der jüngsten gemeinsamen Lohnbewegung der Arbeiter, Angestellten und Beamten öffentlicher Unternehmungen eine Uneinigkeit eingetreten sei, welche nicht nur das Zusammengehen bei dieser Lohnbewegung verhinderte, sondern auch den Abschluß des Kartellvertrages mit dem Deutschen Beamtenbund verzögert habe. Wenn im Deutschen Verkehrsband Bestrebungen zutage treten, die diesem Abkommen entgegenwirken möchten, so dürfe sich der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund nicht heirren lassen, da eine Einheitsfront der Arbeiter, Angestellten und Beamten im Interesse der gesamten Arbeiterschaft läge. In der Aussprache hierüber zeigte es sich, daß die Vertreter der am Deutschen Verkehrsband beteiligten Gewerkschaften mit ihrer gegen den Beamtenbund gerichteten Auffassung völlig einverstanden sind und daß der Bundesausschuß an seiner früheren Stellung in dieser Frage festhielt. Es wurde denn auch folgende Resolution gegen zwei Stimmen angenommen:

Der Bundesausschuß des ADGB hat von der Entschließung des Deutschen Beamtenbundes Kenntnis genommen. Er hält unter Aufrechterhaltung seiner früheren Beschlüsse an der Auffassung fest, daß das vorgelegte Abkommen der beiderseitigen Vorstände eine geeignete Grundlage für ein Zusammengehen der drei Spitzenorganisationen bildet. Er erwartet baldige Wiederaufnahme der vom Deutschen Beamtenbund in Aussicht gestellten Verhandlungen.

Sollte in angemessener Frist eine Vereinbarung nicht zustande kommen, so wird der Vorstand des ADGB beauftragt, mit den beteiligten Verbänden und dem Afa-Bund in Verhandlungen zu treten, um die Grundlagen für eine gewerkschaftliche Beamtenbewegung im Anschluß an den ADGB und Afa-Bund zu schaffen.

Die Sitzung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes steht zwischen dem Bundesvorstand und den Ortsausschüssen keine Zwischensitzungen vor. Solche haben sich aber in den letzten

Jahren in steigendem Maße notwendig gemacht, da ein Zusammenwirken der Ortsausschüsse innerhalb gewisser Gebiete nicht mehr zu entbehren ist und auch eine Entlastung des Bundesvorstandes herbeiführen würde. Der Vorstand unterbreitete daher dem Bundesausschuß eine Reihe von Vorschlägen über die Errichtung und Aufgaben von Bezirksausschüssen, die in die Sitzung des ADGB aufgenommen werden sollen, zu weiterer Prüfung. Eine Beschlusfassung über diese Vorschläge wird erst auf dem nächsten Gewerkschaftskongress stattfinden.

Namens der für die Prüfung der Frankfurter Akademie eingesetzten Studienkommission berichtete Grafmann, daß diese Kommission am 15. Juni dieses Jahres die Akademie besichtigt, dem Unterricht beigewohnt und mit Lehrern und Hörern längere Aussprachen gepflogen habe. Die Kommission empfahl die weitere Aufrechterhaltung und Beschickung der Arbeiterakademie und eine einheitliche Regelung der Bezüge der Hörer. Der Ausschluß stimmte diesen Vorschlägen zu.

Zum Internationalen Gewerkschaftskongress, der am 28. November dieses Jahres in Mailand stattfinden soll, wurden 7 Vertreter des Bundesausschusses gewählt. Weitere Vertreter wählte der Bundesvorstand und der Afa-Bund. Mit Rücksicht auf den niederen Valutastand wurde beschlossen, den Beitrag der deutschen Gewerkschaften für das laufende Jahr zu verdreifachen, also einen doppelten Extratagebeitrag nachzuzahlen.

Zur Entscheidung eines Grenzstreites zwischen dem Zentralverband der Angestellten und dem Deutschen Transportarbeiter-Verband wurde auf Antrag des ersteren die Einsetzung eines neuen Schiedsgerichts beschlossen. Die Kosten von Schiedsgerichten sollen in allen Fällen durch die streitenden Parteien, und zwar jede für ihre Schiedsrichter und je zur Hälfte für den Vorsitzenden getragen werden.

Gewerkschaften und Betriebsrätebildung in Berlin.

Von Fritz Friede.

Seitdem im Januar d. J. die Berliner Betriebsräteschule ihren ersten Unterrichtsabschnitt als freigewerkschaftliche Schule begonnen hat, ist im ganzen Reich die Errichtung von Betriebsräteschulen in Angriff genommen worden. Die Betriebsräteschulung war auch während dieser Zeit der Gegenstand zahlreicher Abhandlungen in der gesamten Arbeiterpresse.

Bisher hat sich gezeigt, daß die Lösung des Schulproblems nicht allzu leicht ist. Große Schwierigkeiten bereitet die Heranziehung geeigneter Lehrkräfte, die Auswahl des Lehrstoffes und seine Gruppierung in Lehrgänge, sowie die Berücksichtigung der Vorbildung der Hörer. In Literatur und Praxis zeigt sich aber noch ein weiterer Mangel. Es besteht bis jetzt noch keine ausgesprochene Klarheit darüber, daß man auf dem Gesamtgebiet der neuen gewerkschaftlichen Schulung eigentlich mit zwei Lehraufgaben zu tun hat: 1. mit der Schulung der Führer und Beamten im Hinblick auf die großen wirtschaftspolitischen Aufgaben der Gewerkschaften und auf die völlige Umgestaltung des Arbeitsrechts im Laufe der beiden letzten Jahre; 2. mit der Heranbildung der im Beruf stehenden Gewerkschaftsmitglieder und vor allem der Betriebsräte. Infolge der hohen Ankosten haben sich nun die beiden hauptsächlichsten der gewerkschaftlichen Wirtschaftsschulen, die Akademie der Arbeit in Frankfurt und die gewerkschaftlichen Ferienkurse am Staatswissenschaftlichen Institut in Münster, zu ausgesprochenen Führerschulen entwickeln müssen. Im Gegensatz dazu sind aber die vielen Unterrichtsvereine in den kleineren Städten des Reiches, soweit sie nicht von den Reichszentralen der Verbände getragen werden, zu ausgesprochenen Elementar-Schulen geworden.

Selbstverständlich besitzen Frankfurt und Münster als reine Führerschulen und auch die vielen „Betriebsrätekurse“ für die deutsche Gewerkschaftsbewegung einen unschätzbaren Wert. Zweifello ist es aber aus finanziellen, schultechnischen und vor allem aus gewerkschaftlichen Gründen unzweckmäßig, diese Trennung zwischen Mitglieder- und Führerschulung zu fördern.

Natursteinindustrie — Leipziger Messe.

In früheren Notizen und Abhandlungen wurden unsere Leser über Umfang und Bedeutung der Leipziger Mustermesse informiert. Zweimal im Jahre — Frühjahr und Herbst — wird auf der Leipziger Mustermesse in grandioser Aufmachung gezeigt, was deutsche Handwerk, deutsche Industrie, deutscher Handel leisten. Hier kommt lebhaft zur Geltung: Erfindergabe, Geschicklichkeit und Gestaltungskraft des Ingenieurs und des Arbeiters, verbunden mit der Initiative des Unternehmers sowie des Kaufmanns. Aussteller, Verkäufer, Käufer und Neugierige des In- und Auslandes — über 100 000 Personen — quirlen im Leipziger Messegelände für eine Woche durcheinander, sie sehen, hören, kaufen; holen sich Anregungen für ihren Wirkungsbereich und befruchten dadurch wieder Handwerk und Industrie, Handel und Wandel. Diese ganze Aufmachung muß man sehen und hat dann seine besonderen Betrachtungen und Gedanken über die Umgestaltung der Wirtschaftsordnung, der Produktions- und Verteilungsverhältnisse vor sich. Gewiß scheint so manches überflüssig und ist es auch in der Tat! Viel Luxusartikel, diktiert vom Lebensgenuss und vom Besitz, aber auch viel Praktisches ist zu sehen, für jeden Sterblichen, für Mann, Frau und Kind, zur Erleichterung der täglichen Handlungen in Haus und Beruf, für Person und Sache. Die kommende, von uns Arbeitern gewünschte Entwicklung und Umformung auf wirtschaftlichem Gebiet wird also nicht alles beiseite schieben können und vor allen Dingen sich die Initiative sichern müssen, die bei allen wesentlichen und unwesentlichen Produkten auf der Leipziger Mustermesse so glänzend zur Geltung kommt. Der Anreiz zur heutigen Initiative ist in den weitaus meisten Fällen der winkende Verdienst, die Sucht nach Besitz, und es wird nicht so ganz einfach sein, die einer Umstellung der Produktionsverhältnisse dem Anreiz eine andere ebenso wirksame Triebfeder zu geben.

Die Aufmachung der Leipziger Messe stellt sich den früheren Industrieausstellungen, die wir Gelegenheit zu sehen hatten, nicht nur gleichwertig zur Seite, sondern überholt sie zum mindesten, soweit die Produkte des eigenen Landes in Frage kommen.

Was nun alles an Erzeugnissen aus Naturstein auf der Messe ausgestellt war, kann unmöglich in einem kurzen Zeitungsartikel erschöpfend behandelt werden. Die kunstgewerblichen Arbeiten in Marmor, Kalkstein, Serpentin, Kalkstein überwiegen. Wunderbare Formen, herrlicher Stein, peinlichst saubere Arbeit und ungläubliche — Preise. Die letzteren interessieren schließlich weniger. Das Berufsauge erregt sich an der exakten Arbeit, man gedenkt dabei der fleißigen Hände, die mit Hilfe der entwickelten Maschinen-technik in der Steinindustrie die Waren herstellen. Aber alle diese Aussteller wollen ohne Ausnahme weniger die Mannigfaltigkeit des Natursteins zeigen, die Hauptfache bleibt ihnen immer der Verkauf, der Umsatz. Darum wollen wir uns heute mit den einzelnen zerstreuten Firmen nicht beschäftigen und auf einen anderen Aussteller verweisen, dem es weniger in seiner jetzigen Aufmachung auf den Umsatz und Bestellung ankommt, sondern der die Natursteinfabrik Deutschlands im Marmor- und Serpentin-Stein zeigt. — Der Bund Deutscher Marmorbruchbesitzer. Wir müssen sagen, daß die Ausstellung in ihrer Aufmachung uns überrascht hat, es liegt eine Großzügigkeit darin, die bisher auf diesem Gebiete, und gar noch zu dem längst fälligen und notwendigen Zweck, von den Natursteinindustriellen nicht erwartet werden konnte. Interessenten und sonstigen Besuchern ging es, wie beobachtet wurde, ähnlich wie uns; der gute Eindruck war bei jedem ersichtlich. Viele und sogar Interessenten waren erstaunt, daß in Deutschland so mannigfaltiger Marmor gewonnen und verarbeitet wird. Diese Ausstellung wird sicherlich dazu beitragen, daß nach und nach die Vorstellung aus einer Anzahl Köpfe verschwindet, die, sobald sie Marmor beschauen,

an Italien, Griechenland, wie überhaupt aus Ausland denken, und die den Wert des Gesteins nur einschätzen nach dem zungenbergerendsten Namen.

Im Ausstellungslande der früheren Bauausstellung konzentriert sich die technische Messe und in der Halle X hat der Bund der Deutschen Marmorbruchbesitzer eine Ecke für den bereits geschätzten Zweck auf drei Jahre gepachtet. Jeder Aussteller hat eine sogenannte „Nische“ in den Hallen, und je nachdem wie sein Anspruch an Raum, wird die Nische größer oder kleiner bemessen, nebenbei bemerkt zu ganz horrenden Mietpreisen. Drei solche uns interessierenden Nischen liegen dicht beieinander. In einer hat der Bund seine Erzeugnisse, in einer anderen der Verband Deutscher Granitwerke (Karlsruhe) und wieder in einer anderen die Firma Thust, Großkondorf-Gnadenfrei. Man kann an einer dieser Nischen nicht vorbeigehen, ohne die andere zu bemerken. Es ist also eine schon durchaus respektable Repräsentation der Natursteinindustrie, obgleich noch andere wichtige Gruppen fehlen. Nur deutscher Marmor wird von den Marmorbruchbesitzern ausgestellt und dabei in einer Farbenpracht, die durch die äußerst geschickte Zusammenstellung besondere Wirkungen erzielt. Sie entspricht vollkommen dem gewollten Zweck.

Am Eingang sehen wir zunächst zwei Säulen aus Juramarmor, aus der Umgebung von Weichenburg und Treuchtlingen i. Bay.; dann zwei innere runde Säulen aus Goldadermarmor aus Alagen i. Westf. Zwischen diesen Säulen zwei Tisch aus Döbraer Marmor, schwarz und schwarzweiß, geliefert von Krug u. Hagemüller, Poppengrün-Maila Alles in einer peinlichst sauberen Ausführung. Die Säulen wirken für den ganzen Raum direkt verjüngend infolge der lebhaften Aderung und tadellosen Ausführung und Politur. An vier Wandflächen sind 62 Marmorplatten 80 x 50 Zentimeter gruppiert; zum Beispiel Lahn marmore von der Firma Krebs, Balduinstein a. Lahn 6 Platten. Gelfels graurot, rot, grau; Wilhelmstein, Hermannstein, vorzügliches Material für Innendekoration. Die Firma Jörissen, Weiburg a. Lahn, 8 Platten, besonders schön wirkt der „Brunnhildenstein“, feurigrot mit weißen Adern, wichtig ist auch der „Wibelau“ für Schalltafeln. Eine andere Gruppe sind die Saalburger Marmore. Das Saalburger Marmorwerk ist mit 8 Platten vertreten; auffallend darunter ist: „Buntrosa“ mit rosa und weißen Adern, ferner „Jorelle“. Die Zeichnung im Stein ähnelt dem Fisch in altrot, violett und grau. Sehr geeignet für Innendekoration und für kunstgewerbliche Gegenstände, wie Schreibzeuge, Schalen usw. Die nächste Gruppe zeigt die schlesischen Marmorsorten. Die Firma Thust hat 10 Platten ausgestellt, 1 Marmorblock und 2 Urnen. Die Farben sind sehr unterschiedlich, wir sehen: hellextra, hell, hellbunt, violett, blau, grau. Die Firma Gähnel in Oberpeilau zeigt eine Platte schlesischen Marmor aus dem Gausdorfer Bruch, 2 Platten aus Kessheimer Stein, gelb und weiß und eine Travertinplatte. Westfälischer Marmor wird von der Firma Dassel, Alagen i. Westf. in 6 Platten gezeigt. Der bereits erwähnte schöne Goldadermarmor, der bei den runden Säulen noch besser wirkt wie auf einer Fläche, kann als voller Erfolg des ausländischen Export angeprochen werden, außerdem noch Platten aus Medlinghäuser rot. Fichtelgebirgs-marmor zeigt sich uns in 8 Platten in einer anderen Gruppierung. Die Firma Krug und Hagemüller; 2 Platten von dem bereits erwähnten Döbraer schwarz und schwarzweiß, herrlicher Stein, aus dem neben den Tischen auch die Kapitälchen zu den 4 Säulen angefertigt sind. Die Firma Lag in Hof i. Bay. zeigt 4 Platten mit grauer bis grauschwarzer Grundtönung, teilweise mit weißen Adern, ein äußerst heiler und politurfähiger Stein, vorzüglich für Möbelplatten und Bauarbeiten. Die Firma Lauffig, Wald Mülling i. Bay. ist mit 2 Tafeln vertreten, deutschrosa und deutschrot, bekannte Sorten, die bei Marggrub gebrochen werden. Alpenmarmor aus dem Bruch bei Ruhpolding hat die Firma aus Bad Mülling ebenfalls ausgestellt. Farbe rotbraun mit weißen Adern.

Juramarmor aus der Umgegend von Treuchtlingen und Weichenburg stellt die Jurabereinigung aus in 8 Platten, auch gutes Material für Schalltafeln, Möbel- und Bauarbeiten. Serpentin sehen wir ebenfalls in 5 Platten von den beiden Firmen: Serpentinsteingewerkschaft Böblitz und Lippmann in Ansprung b. Böblitz. Farbe grün bis dunkelgrün. Dieser Stein wird fast nur zu kunstgewerblichen Gegenständen verarbeitet, einige andere Farben wurden in dieser Zusammenstellung vermehrt, vielleicht wird das später nachgeholt. Vermehrt wurde auch der Leitinger Marmor, der auf dem Natursteintagebuch infolge seiner herrlichen Zeichnung berechnetes Auffsehen hervorrief.

Eine wirklich einzigartige Aufmachung in der Schönheit der schlesischen Marmore sehen wir im nebenliegenden Raum der Firma Thust. 5 Wandplatten, jede für sich, ca. 2 x 1 Meter, teilweise durch einen Fries eingerahmt, an der Wand befestigt. Die mittlere Wandtafelung wird durch 4 Platten gebildet; die Tönung der Adern ist braun, sie bilden in der Mitte durch ihren Zusammenstoß eine Schönheit der Zeichnung von Aderung, wie man sie selten findet und jedem Beschauer zeigt, welche natürlichen Wirkungen mit Geschick und Fleiß erzielt werden können. Auch die übrigen Wandplatten sind jede in ihrer Art eine äußerste Reklame für deutschen Marmor. Die übrigen Arbeiten der Firma, das große Kreuz mit dem lebensgroßen Christus, die Grabdenkmäler, Möbelplatten und Schalltafeln passen ausgezeichnet in die ganze Aufmachung hinein und in ihrer Ausführung sind alle Arbeiten muster-gültig. Umgeschlossen wird der Raum von Eck- und runden Säulen, die in ihrer schlanken Form und den sinnigen Kapitälchen durch Bogen miteinander verbunden sind. Die Ausführung im ganzen und nicht zu vergessen auch die saubere „Verpackung“ verdient die Bezeichnung: Sehr gut.

In einer der Thustischen Nischen gegenüberliegenden zeigt der Verband Deutscher Granitwerke deutsche und schwe-dische Granite in ihrer Farbenpracht und auch in der Bearbeitungs-möglichkeit. Die letztere kommt zur Geltung in der künstlerischen Relief-Wandplatte, die bereits die Bauausstellung gezeigt hat, rings herum schließen sich in gefälligen Tafeln deutsche und schwe-dische Granite an. Die sonst noch im Raum stehenden Urnen und Säulchen kommen leider nicht recht zur Geltung. Das soll, wie uns gesagt wurde, bei der nächsten Aufmachung besser werden.

Außer dieser Ausstellung waren noch in den verschiedensten Gebäuden einzelne Firmen mit Natursteinprodukten vertreten, es muß schon gesagt werden, daß sie im Vergleich zu den vorstehend geschilderten sich recht kümmerlich ausnehmen. Auch die Kunststeinprodukte, soweit sie sich auf die Nachahmung von Granit, Serpentin und Marmor erziehen, verschwinden, wenn man die Aufmachung der Marmorbruchbesitzer, der Firma Thust und der Granitindustrie gesehen hat. Ein Ausbau dieser Ausstellung in Fertigfabrikaten ist sicher zu empfehlen, ist wohl auch geplant. Im allgemeinen sind übrigens für die Mustermesse Bestrebungen im Gange, um die Branchen möglichst zusammenzuführen. Die Käufer wünschen es, die Aussteller sind aus Konkurrenzrücksichten dagegen. Diese zweck-mäßigen Bestrebungen werden sich durchsetzen gegen den Willen der Aussteller. Wenn zum Beispiel die gesamte Natursteinindustrie zusammengezogen wird, verschwindet nach unserer Auffassung manche unqualifizierte Arbeit und wenn gar in nächster Nähe von der Natursteinindustrie die Kunststeinprodukte vertreten sind, haben wir die Ueberzeugung, wird die Natursteinindustrie sich glänzend behaupten. Der Anfang ist gemacht, und wenn auf diesem Wege außer noch anderen gangbaren fortgeföhren wird, wird der Naturstein für Bauzwecke, für Denkmäler, für Gebrauchsgegenstände und kunstgewerblichen Arbeiten sein ins Wanken gekommenes Ansehen wieder herstellen. Nur muß die ganze Angelegenheit von einer höheren Warte aus eingeschätzt werden, einzelne Geschäftszweige, Bruch- oder Wertuntersuchen müssen im Interesse der gesamten Natursteinindustrie zurücktreten und sich unterordnen, einfügen, sonst wird dem Ganzen nicht gedient.

Aus unserem Beruf und unserer Industrie. Die Schlichtungsordnung für den Geltungsbereich des Reichsarbeitsvertrages für die deutsche Pfister- und Schotterindustrie ist nunmehr vereinbart und tritt am 26. September 1921 in Kraft. Die Veröffentlichung erfolgt in nächster Nummer des „Steinarbeiters“.

Als ein Symptom wollen wir feststellen, daß die „Baugewerkszeitung“ in einem Artikel über die Leipziger Baugesellschaft vom Ingenieur Walthar Ritter alle Aussteller erwähnt, die „vollwertige Baustoffe“ gebracht haben und der ferner seiner Freude Ausdruck gibt, daß die Erstausteller immer mehr in den Vordergrund treten. Nur die Ausstellung der Natursteinindustrie, die sich zum erstenmal zeigte, wird mit keinem Wort erwähnt. Ob deren Produkte nicht als vollwertige Baustoffe angesehen werden?

Kollegen, beachtet die Unfall- und Schießvorzeichen. Im Steinbruch zu Gröden, der Firma Schwab und Schwarzgäwälder (Vörsch in Baden) gehörig, wurde der fünfzigjährige Steinhauser Dominikus Falschie, früher selbst Unternehmer, beim unvorsichtigen Einführen von Pulver in ein wagemaches Bohrlöcher, so schwer verletzt, daß er kurz darauf starb. — Mitarbeiter des Bergungsberichts, daß tatsächlich unbegreiflicher Reichtum die Veranlassung war. Nur durch Zufall kam ein anderer Arbeiter mit dem Leben davon, dieser wurde wohl einige Meter durch die Gewalt der Explosion mit fortgeschleudert, hat aber außer dem Schrecken keine anderen Folgen davongetragen. — Falschie hobte mit zwei Hilfsarbeitern ein drei Meter tiefes Bohrlöcher. Die Ladung übernahm er selbst; weil es nun ein wagemaches Bohrlöcher war, ging die Einführung des Pulvers langsam und schwierig, hinzu kam eine Störung, die die Ladung etwa 1/2 Meter im Bohrlöcher steuerte. Trotz Warnung des Hilfsarbeiters nahm Falschie einen eisernen Bohrer und meinte, es sei wohl gefährlich, geht aber doch, im übrigen habe er schon 1000 mal geschossen und stieß dann den Bohrer hinein. Die Folge war zunächst, daß der Bohrer sich festklemmte. Unglaublicherweise nahm nun dieser alte Praktiker einen Feuertel und schlug auf den Bohrer herum. Das weitere entwickelte sich nun mit Blitzschnelle. Das Pulver zündete, die ganze Ladung bekam der Schießmeister ins Gesicht und wurde mit dem in der Nähe befindlichen Hilfsarbeiter einige Meter durch die Luft gewirbelt. Der Schießmeister blieb einem vertrockneten Baumstumpf. Der Hilfsarbeiter kam mit dem Schrecken davon.

Im Bereich der Zählstelle Adelebsen ereignete sich am 25. August im Basaltwerk S. Sander u. Söhne ebenfalls ein schwerer Unfall. Der Bruchmeister Joh. Lehmann war mit Ausbüchsen eines Sprengschusses beschäftigt, dabei entlud sich der Schuß, wobei Lehmann ein Auge verlor und das andere stark gefährdet ist, außerdem erlitt er noch einen Armbruch. Der Verdauernswerte wurde per Auto sofort in die Klinik nach Göttingen gebracht. Der Unfall ist um so tragischer, da Lehmanns Frau schon 8 Jahre an Gicht erkrankt liegt.

Gewerkschaftliches. Der 11. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands wird in der Zeit vom 19. bis 24. Juni 1922 stattfinden. Tagungsort ist noch nicht bestimmt.

Krankenkassenwahlen. Von dem Ergebnis der Krankenkassenwahlen ist die Zusammensetzung der übrigen Vertretungen in der Arbeiterversicherung abhängig. Die ursprünglich in Aussicht genommene Verlängerung der Amtsdauer für die derzeitigen Vertreter der Versicherten bei den Versicherungsbehörden und den Versicherungssträgern bis zum erfolgten Umbau der Sozialversicherung wird vom Reichsarbeitsministerium für unzulässig gehalten. Es steht darum in Aussicht, daß die Neuwahlen noch in diesem Jahr erfolgen werden. Dabei soll eine Vereinfachung des bisherigen Wahlverfahrens dadurch Platz greifen, daß die Vorsitzenden der Krankenkassen die Vertreter zum Versicherungsamt und die Vertreter in den Ausschüssen für die Landesversicherungsanstalten wählen. Die Ausschüsse der Landesversicherungsanstalten wählen dann die Vertreter zum Oberversicherungsamt und zum Reichsversicherungsamt.

Der Einfluß der dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Gewerkschaften bei all diesen Wahlen wird um so größer, je mehr es gelingt, die übrigen Gewerkschaftsrichtungen bei den Ausschüssen zu den Krankenkassen zurückzudrängen. Die Ortsausschüsse müssen deshalb an allen Orten, wo bisher keine Neuwahlen zur Krankenkasse stattgefunden haben, eine rege Propaganda zur Wahl betreiben, um alle uns angeschlossenen wahlberechtigten Mitglieder der Krankenkassen zur Wahlurne zu bringen.

Die Ausstellung der Listen muß gemeinsam mit den Ortsstellen des Afa-Bundes erfolgen und bei der Auswahl der als Vertreter aufzustellenden Personen ist besonders darauf Bedacht zu nehmen, daß die Bewerber für die von uns geforderte Zentralisation der Krankenkassen eintritten. Es ist unbedingt notwendig, daß die Ortsausschüsse sofort alle notwendigen Vorarbeiten treffen.

Zum Mangel an Bauhandwerkern. Bei der wiederkehrenden regen Bautätigkeit macht sich namentlich in mittleren und kleineren Städten und auf dem Land ein starker Mangel an Bauhandwerkern bemerkbar. Die Erscheinung beruht wesentlich darauf, daß während der Jahre, in denen die Bautätigkeit ruhte, zahlreiche Bauhandwerker in anderen Berufen lohnende Beschäftigung gefunden haben. Das Reichsarbeitsministerium hat mit den Verbänden der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer des Baugewerbes die Maßnahmen erörtert, durch die dem Mangel begegnet werden kann. Es handelt sich dabei um dreierlei. Einmal sollen gelernte Bauarbeiter, die jetzt in anderen Berufen beschäftigt sind, möglichst ihrer alten Tätigkeit wieder zugeführt werden. Ein Mangel kann natürlich hierbei nicht ausgeglichen werden. Von größerer Bedeutung ist daher die Anwerbung von Bauhilfsarbeitern, unter denen sich noch zahlreiche Arbeitslose befinden. Hierzu können noch die geltenden Bestimmungen Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge in Form von Anlernungszuschüssen verwandt werden. Schließlich kommt auch die stärkere Heranbildung von Lehrlingen in Frage. Das Reichsarbeitsministerium hat die in Betracht kommenden Stellen angewiesen, diese Anwerbungen zusammen mit den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden des Baugewerbes unter Beteiligung der Landesarbeitsämter und der Handels- und Handwerkskammern zu verfolgen.

Die Zahl der erwerbstätigen Frauen beträgt in Deutschland über 9 1/2 Millionen, fast ein Drittel der gesamten Erwerbsarbeit liegt in Frauenhänden. Die Zahl der geprüften Handwerksmeisterinnen, die 1915 noch 11 000 betrug, ist auf 30 000 gestiegen. Auf allen Gebieten und in jedem Beruf ist ein Anwachsen der Frauenarbeit über das Maß der Bevölkerungszunahme hinaus zu verzeichnen.

Soziales. Die Berufswahl der Lehrlinge. Interessante Feststellungen über die Berufswahl der Lehrlinge hat man jetzt in Wien gemacht. In den Wiener gemeinlichen Fortbildungsschulen macht sich eine Rückgangsercheinung bemerkbar. Die Schülerzahl, die vor dem Kriege fast 45 000 betrug, ist auf 30 000 im Jahre 1921 zurückgegangen. Mit der Verminderung der Geburten hat diese Abnahme natürlich nichts zu tun, da es sich um die Jugendlichen in einem Alter über 14 Jahren handelt. Es machen sich gewisse Umsichtigungen bei der Berufswahl bemerkbar. So ist z. B. der Zudrang zu den landwirtschaftlichen Berufen ganz besonders stark. Es ist ohne Zweifel, daß diese Tatsache in äußeren Gründen, der schlechten Ernährung in den Städten ihre Ursache hat. Auch aus den Zahlen, die das Baugewerbe angeht, ist zu erkennen, wie sich das Lehrlingswesen naturgemäß den jeweiligen äußeren Verhältnissen anpaßt. So fanden sich für das Baugewerbe 1921 nur 200 Lehrlinge gegen 2247 im letzten Vorkriegsjahr. Das Schuhmachergewerbe verzeichnet 1708 Lehrlinge gegen früher 2825. In der Schneiderei zählte man 1921 nur 1114 männliche Lehrlinge gegen 5205 im Jahre 1914. Gingen haben die weiblichen Lehrlinge im Schneider- und Modistengewerbe zugenommen, da viele

Schultechnisch wertvoller ist es, statt einer Reihe nebeneinander liegender Einzelkurse, die jeder für sich ausschließlich aus Lehrgebieten behandeln müssen, einen organisch geschlossenen Schulaufbau zu erzielen. Finanziell billiger ist es, wenn die Führer, ohne wochenlang und monatelang von ihrem Posten entfernt zu sein, am Orte ihres Wirkungskreises neben ihrer Amtsausübung die Schulung finden, die sie brauchen. Gewerkschaftspolitik aber ist es sehr wertvoll, wenn nichtbeamtete und beamtete Mitglieder gemeinschaftlich sich mit den Problemen der Wirtschaftsentwicklung auseinandersetzen. Die gemeinsam erzwungene Kenntnis fördert die Erhaltung eines guten Einvernehmens, das heute oftmals aus keinem anderen Grunde, als dem des gegenseitigen Mißverständnisses im Handeln und Unterlassen gestört wird. Noch ein Grund ist für die Kombination der jetzt unter dem Zwang der Verhältnisse auseinanderfallenden Schulungsaufgaben gegeben. Er besteht in der Schwierigkeit, zwischen Führer und Masse eine scharfe Grenze zu ziehen. Führertum ist doch mehr eine Sache der Persönlichkeit und des Willens, als eine Frage des Angestelltenverhältnisses bei einer Gewerkschaft.

Aus allen diesen Gründen ist an der Berliner Betriebsratschule in diesem Herbstabschnitt der Versuch unternommen worden, durch Hintereinanderschaltung mehrerer Unterrichtsstufen, die beiden Probleme der Führerschulung und „Massen“-Ausbildung organisch zu vereinen. Bisher wurde der Lehrplan eingeteilt in „Einführungskurse“ und (aus den Lehrzielen abgeleitet) in „kapitalistische“ bzw. „sozialistische“ Wirtschaftskunde. So stellten die „Einführungskurse“ zwar bereits eine Unterstufe dar, auf die sich die beiden anderen Lehrgebiete als höhere Stufe aufbauten. In jedem von ihnen aber mußten eine große Anzahl von Lehrgängen nebeneinander hergehen. Es war für den Hörer schwer, einen systematischen Studiengang selbst auszuwählen.

Jetzt ist die Gruppe der Einführungskurse (Unterstufe) neu geordnet und in ihren Zielen auf die Voraussetzungen eingeteilt worden, die in der nächstfolgenden Stufe an den Hörer gestellt werden müssen. Die Lehrziele in dieser Unterstufe sind nicht in erster Linie solche, die auf dem Gebiete des formalen Wissens liegen. In ihnen soll vor allem bei ganz ungeschulten, oder jeder geistigen Arbeit entwöhnten Hörern die Fähigkeit zur Konzentration des Willens auf einen bestimmten Lehrgegenstand und die Technik des Lesens und Lernens überhaupt erreicht werden.

Die nächste Stufe der Schule, die Mittelstufe, ist nicht mehr wie oben angeführt eingeteilt. Sie ist nach Wissensgebieten geordnet. Als solche kommen in Frage: Arbeitsrecht, Volkswirtschaftslehre und Privat- bzw. Betriebswirtschaftslehre. Da auf die Berufstätigkeit der Hörerkollegen und auf ihre Belastung mit gewerkschaftlicher und politischer Arbeit Rücksicht genommen werden muß, ist die Parallelschaltung von Lehrgängen, die jeder für sich einen Ausschnitt aus ihrem Gesamtgebiet darstellen, beibehalten worden. Damit die Schüler jedoch nicht ohne sachgemäßen Rat planlos Kurse belegen, sind Lehrberatungsstunden eingerichtet worden, die sich jetzt schon eines verhältnismäßig guten Zuspruchs erfreuen.

Als Oberstufe ist für jedes der drei Arbeitsgebiete der Mittelstufe je ein Seminar eingerichtet worden. Hier sollen die dort, oder sonstwo, erarbeiteten Kenntnisse vertieft und erweitert werden, bis zur gründlichen Beherrschung des Gesamtstoffes. Die Hörer werden hier, ähnlich wie in Universitätsseminaren, mit der selbständigen Lösung von Aufgaben in Form von Vorträgen oder schriftlichen Ausarbeitungen betraut und so zu intensiver und ständiger Eigenarbeit veranlaßt. Für diese Oberstufe besteht eine sorgfältige Schülerauslese. Es werden wissensmäßige Voraussetzungen erfordert und eine über den allgemeinen Durchschnitt stehende Intelligenz, verbunden mit festem Arbeitswillen.

Durch diese Abstufung versucht also die Berliner Betriebsratschule Führerschulung mit Massenschulung zu verbinden. Der Hörer wird nicht nach seinen Funktionen und Verrichten innerhalb der Organisation gefragt. Es werden in gründlicher Unterhaltung mit ihm sein Bildungsgrad und seine Fähigkeiten auszuforschen versucht und ihm dann der Rat gegeben, sich für die eine oder jene Stufe eintragen zu lassen, oder diesen oder jenen Weg bei seinem Studium zu wählen.

Selbstverständlich handelt es sich hier vorläufig auch noch um einen Versuch, jedoch um einen solchen, der seine Unterlagen in fast dreijährigen Erfahrungen findet.

Wenn nun in Berlin, scheinbar im Widerspruch dazu, in diesem Winter neben der Betriebsratschule noch eine besondere Gewerkschaftsschule ins Leben gerufen wird, so erklärt sich das daraus, daß man sich eben sehr stark bewußt ist, mit der Betriebsratschule noch nichts Endgültiges erreicht zu haben. Außerdem ist die Gewerkschaftsschule notwendig, weil sie andere Aufgaben zu erfüllen hat, als die Betriebsratschule. Die Betriebsräte sind die Vorposten der Gewerkschaftsorganisationen in der Produktion, im Wirtschaftsprozeß selbst. Um ihn kennen zu lernen und in seine Geheime einzudringen, brauchen sie, ihre Führer und Beamten sowie ihre Nachwuchs, eine besonders darauf zugeschnittene Spezialausbildung. Die Gewerkschaft selbst hat darüber hinaus aber noch ihre eigentlichen sozialen und sozialpolitischen Aufgaben. So muß also die Gewerkschaftsschule weitergreifen und ist deshalb anders geartet, als die Betriebsratschule, mit ihrem aus vielen Gründen enger zu umgrenzendem Gebiet.

Zum Schluß noch ein Wort zur politischen Haltung der Berliner Betriebsratschule. In letzter Zeit sind Meinungen laut geworden, die die wirtschaftlichen Schulungsbestrebungen der Gewerkschaften abseits von der Idee des Klassenkampfes und des Sozialismus auf ein gewisses „neutrales“ Gebiet verlegen wollen. Der Umfang eines Zeitungsartikels verbietet es, sich damit hier noch auseinanderzusetzen. Unzweifelhaft muß jedoch folgendes gesagt werden: Solange der Kapitalismus noch die gegebene Wirtschaftsform ist, werden die freien Gewerkschaften sozialistisch orientierte Kampforganisationen der Arbeiterklasse bleiben müssen. Aus diesem Grunde muß auch die in ihnen betriebene Bildungsarbeit von sozialistischem Geiste getragen werden. Die wirtschaftliche Schulung der Betriebsräte bleibt Klassenkampfschulung, eben weil sie betrieben wird, damit sich die Arbeiterklasse als mitbestimmender Faktor hineinpressen kann in den Wirtschaftsorganismus auch der kapitalistischen Gesellschaft, der in eine planmäßige sozialistische Wirtschaft umgeformt werden soll.

Bei aller Bescheidenheit darf gesagt werden, daß die Berliner gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft aus eigener Kraft in ihrer Betriebsratschule eine Bildungseinrichtung geschaffen hat, die ihr gute Dienste leistet, und die auch auf die Beachtung im Reiche Anspruch erheben kann.

Wurzen — Grimma.

Im hiesigen großen Steinbruchgebiet, unruhlich bekannt in den Kreisen der Pfistersteinarbeiter, ruht seit 4 Wochen die Arbeit, zirka 1500 Steinarbeiter sind am Streik beteiligt. Die Unternehmerrunde, die hier in Frage kommt, hat es noch nie verstanden, mit ihrer Arbeiterschaft zu einem erträglichen Einvernehmen zu kommen. Jede kleine Verbesserung nach dem Krieg wurde erst nach langen Geburtswehen vor dem Leipziger Schlichtungsausschuß herausgequetscht. Wir sind sicher, daß verschiedene Weisiger dieser Instanz, ob Arbeiter oder Arbeitgeber, wie man so sagt: „die Nase voll haben“, wenn die Wurzen-Grimmaer Steinindustrie zur Verhandlung kommt, denn es ist eine Geduldsprobe, wenn der Wortführer der Arbeitgeber seinen Rede-Kreislauf beginnt. Er setzt ein mit „Wir können nicht“, dann kommen die großen „Verdienste der Affordarbeiter“, dann „keine Aufträge“, und die Rede endet mit „immer zusehen“. In der Verschleppung und in der Lohnstatistik sind diese Arbeitgeber des Bezirks Meister, im Drumherumreden, ohne auf den Kern einzugehen, verdienen sie den Titel — Obermeister, und in ihrem Klagen und Jammern über die Notlage der Steinindustrie sind sie kaum zu übertreffen. Nun ist den Arbeitern der Geduldsfaden gerissen, — Streik. — Nach Ansicht der Arbeitgeber ist diese Arbeitseinstellung gegen alle gewerkschaftlichen Regeln vor sich gegangen. Denn die Arbeitgeber hatten von heute

auf morgen eine Verhandlung angelehrt, die hätte unbedingt abgewartet werden müssen. Diese Schelme, wie sie besorgt sind um die Einhaltung gewerkschaftlicher Regeln. Wenn sie nur sonst sich um die gewerkschaftlichen Notwendigkeiten kümmern, hauptsächlich auf Grund des Reichsarbeitsvertrages die bezirkslichen Arbeitsregeln festsetzen würden, mit der Arbeiterschaft sich an den Verhandlungstisch setzen, wie es in anderen Bezirken längst Brauch ist und praktische Arbeit leisten in Form eines Bezirksrates. Das wäre sicherlich viel besser, bringt mehr Nutzen, als endlose schwammige Reden, wie sie im ewigen Kreislauf von dem Wortführer der Unternehmer gehalten werden. Man muß sich nur wundern, daß den übrigen Arbeitgebern der Kram schließlich nicht zu bunt wird und sie mit einer kurzen Handbewegung der ganzen Wurstelei in dieser Hinsicht ein Ende machen. Doch das mögen die Herren unter sich abmachen. — In dem Bezirk besteht ein recht ungesundem Entlohnungssystem. Das sogenannte „Sauertraut“. Das bedeutet, wenn der Pfistersteinarbeiter durch verschiedene Umstände nicht auf seinen Lohn kommt, läßt er einige Meter Steine schreiben; kontrolliert kann es nicht werden, denn jeder hat an seiner Arbeitsstelle einen großen Haufen Steine liegen. Erst wenn sie weggefahren werden, dann stellt sich heraus, daß der betreffende Arbeiter in großer Schuld beim Arbeitgeber steht. Daraus wird eine Schuldnechenschaft, aus der nie zu enttrinnen ist! Diese Zustände müssen beseitigt werden, mag es biegen oder brechen; und sie können beseitigt werden, wenn ein Bezirksrat zustande kommt nach den Regeln des Reichsarbeitsvertrages: Affordlohn, — Normalstundenlohn, — Garantierung des Affordlohn für die Affordarbeiter. Die Unternehmer des Bezirks sind strikte Befürworter der Affordarbeit, in jedem Stundenlohnarbeiter sehen sie einen Faulenzer, doch ein Geschick, um die Affordarbeit in erträgliche Bahnen und Formen zu bringen, haben sie nicht, aber großes Lamento wird angestimmt, wenn die Arbeiter keine Affordarbeit mehr leisten wollen.

Auf Anregung der sächsischen Regierung fand vor dem Leipziger Schlichtungsausschuß am 7. September eine Einigungsverhandlung statt. Nach stundenlangen Beratungen wurde den Parteien folgender Vergleichsvorschlag gemacht:

- 1. Die Arbeit wird unverzüglich wieder aufgenommen. Die Arbeitnehmer treten in ihre alten Arbeitsstellen zurück. Maßregelungen dürfen nicht stattfinden.
- 2. Auf die bisherigen Stundenlöhne werden gewährt: 1 M. Zulage sofort, 40 Pf. Zulage am 15. Oktober 1921, 20 Pf. Zulage am 15. November 1921. Der Affordgrundlohn erhöht sich um weitere 50 Prozent sofort, um weitere 50 Prozent am 15. Oktober 1921, um weitere 25 Prozent am 15. November 1921. Die Erhöhung der Stundenlöhne gilt auch für Steinmeßen. Die Affordregelung der Steinmeßen erfolgt entsprechend binnen zwei Wochen mit rückwirkender Kraft innerhalb der Betriebe. Die Wochen- und Monatslöhne werden entsprechend erhöht.
- 3. Die Lohnregelung zu 2 gilt bis zum 31. Dezember 1921.
- 4. Die bezirksliche Regelung gemäß § 15 des Reichsarbeitsvertrages vom 9. Juli 1921 hat binnen 4 Wochen zu erfolgen.
- 5. Die Parteien haben dem Schlichtungsausschuß über die Annahme des Vergleichs bis zum 12. September 1921 Anzeige zu machen.

Dieser Vergleichsvorschlag wurde in zwei großen Streikversammlungen abgelehnt, auch die Unternehmer lehnten ihn in einer Vollversammlung ab. Letztere, weil ihnen die Stundenlöhne zu hoch kommen (der alte Stundenlohn war für Frauen 2.10 M., Hilfsarbeiter 3.80—4 M., Brecher, Postierer usw. 4.20—4.40 M.) Die Arbeiter haben in der Hauptsache abgelehnt, weil die Prozentzuschläge zum Afford zu gering sind. Die Affordgrundlöhne sind die Friedenssätze mit 50 Prozent Feuerungszuschlag, dazu kommen jetzt 50 Prozent. Das sind im Durchschnitt 10—12 M. pro Woche Erhöhung. Im Vergleich zu den Tagelohnarbeitern ist es zu gering! In der gesamten Auswirkung des Vergleichs erhalten die Tagelohn- oder Stundenlohnarbeiter eine wöchentliche Zulage von 76.80 M. Die Affordarbeiter, die fast acht Fünftel der Beschäftigten ausmachen, in der gesamten Auswirkung bis November nur 32 M. im Durchschnitt. — Was nun weiter wird, muß das Verharren im Streik bringen! Die Erbitterung in den Kollegenkreisen ist sehr groß, sie ist hervorgerufen durch das Verhalten der Arbeitgeber seit Jahren. Die Bewegung, die jetzt zum Streik geführt hat, ist bereits seit Monaten eingeleitet. Die Löhne der Steinarbeiter im Bezirk sind trotz der vorgeschlagenen Erhöhung immer noch die niedrigsten im Vergleich zu denen der übrigen Lohnarbeiter. Unsere Kollegen können mit dem besten Willen nicht haushalten mit ihrem Einkommen. Die ewige Klage, daß die Pfistersteinindustrie nicht rentabel genug sei, um höhere Löhne zahlen zu können, ist nicht berechtigt nach dem ganzen Auftreten und der der Aufmachung der Unternehmer. Es ist eine völlig verkehrte und auch eine gewissenlose Auffassung, wenn die Arbeitgeber glauben, ihre Steinbruchbetriebe auf Kosten der Lebenshaltung der Arbeiter weiterführen zu müssen; jahrelang haben sie es schon getan, doch ein Dauerprivileg darf es nicht werden! Die Wurzen-Grimmaer-Brecher-Kollegen sind gewillt, nicht eher die Arbeit wieder aufzunehmen, bis Abmachungen getroffen werden, die der schweren Steinbrucharbeit und den Lebensansprüchen einigermaßen gerecht werden. Das mögen sich die Arbeitgeber in Grimmaer Steinbruchgebiet merken!

Aus den Zahlstellen.

Erfurt. Unser am 3. August begonnener Streik wurde mit dem 8. September beendet. Leider ist nicht erreicht, was wir wollten; doch können die Kollegen immerhin mit dem Resultat zufrieden sein. Es wurde eine 14prozentige Zulage auf die bisherigen Löhne erzielt und erhalten die Steinmeßen bei einer 7 1/2-stündigen Arbeitszeit einen Stundenlohn von 8 M., die Marmor-schleifer und Hilfsarbeiter bei 8-stündiger Arbeitszeit je 7.10 M. bzw. 5.70 pro Stunde. Beträgt die kommende Zulage der Maurer mehr als 1 M. (eingerechnet die ab 15. August gezahlte Zulage von 60 Pf.), so wird der Mehrbetrag auch auf die Steinmeßlöhne gezahlt und im gleichen prozentualen Verhältnis auf die andern Kategorien verrechnet. Diese Vereinbarung gilt bis zum Ablauf unseres Tarifs. Wie schon mitgeteilt, ist in Anbetracht der Dauer unseres Streiks nicht das Gemünschte herausgekommen, es ist aber immerhin ein, wenn auch mit schweren persönlichen Opfern erkämpfter Erfolg. Wir sagen hier allen denen, die uns in diesem Kampfe unterstützten, unsern Dank.

Reichenbach i. Odenw. Am 3. September tagte bei Gastwirt Valentin Neff unsere Mitgliederversammlung. Zunächst gab der Vorsitzende Kollege Peter Seibert das Ableben des Kollegen Heinrich Köhler bekannt, er wurde in der üblichen Weise geehrt. Zur Tagesordnung erstattete der Kollege Bezirksleiter Weidenhammer, Gernsbach, ausführlichen Bericht über die in Hof abgeschlossenen Reichslohntarif-Unterhandlungen. In seinen zweiwöchentlichen sachlichen Ausführungen ging er auf die Feuerungszulagenbewegung sowie auf die abgeänderten Paragraphen der allgemeinen Bestimmungen und der verschiedenen Positionen des Reichslohntarifs ein. Er betonte, daß es auch bei diesen Unterhandlungen nur durch das tatkräftige Eingreifen der Arbeitnehmerkommission gelungen ist, die Arbeitgeber zu überzeugen, daß es bitter not tut, annehmbare Zugeständnisse zur Vessergestaltung unserer jetzigen Lebenslage zu machen. Für diesmal müssen wir uns mit dem jetzigen Abkommen einverstanden erklären; da doch, wie bekannt, für nächstes Jahr eine gänzliche Umgestaltung des Reichslohntarifs vorgesehen ist, soll bis zum Frühjahr durch die Kollegen das nötige Unterlagematerial zusammengetragen und ausgearbeitet werden. Im Punkt Verschiedenes wurde den Platzhütern für das Sammeln der Beiträge pro Beitragmarke 6 Pfennig an Vergütung zugesprochen. Das Verdingungswesen wurde zur nächsten Versammlung zurückgestellt. Eine von dem Kollegen Wurl eingebrachte Resolution betreffs einer einheitlichen Preisfestsetzung für Brot und Kartoffeln sowie Ermäßigung der Bahnfahrtsätze für lebenswichtige Produkte soll durch die Bezirksregierung der Reichsregierung übermittelte werden. Darauf Schluß der Versammlung.

Wittelschändliche, die ihre Töchter früher anderen Berufen zuführten, sie nun ein Gewerbe lernen lassen. Bezeichnend für die gesunde Kaufkraft der Bevölkerung ist es ferner, daß nur die Gewerbe und Industrien, die für den Export arbeiten, bessere Ergebnisse aufzuweisen haben. Schließlich ist es auch ein sehr treffendes, wenn auch bebauerliches Zeichen der Zeit, daß die Gesundheit der Lehrlinge gegen früher wesentlich zurückgegangen ist.

Arbeiter als Schöffen und Geschworene. An die einzelnen Gliedstaaten ist vom Reichsjustizminister die Aufforderung ergangen, darauf hinzuwirken, daß die Arbeiterschaft jetzt, nachdem die Entschuldigungsverfahren für Schöffen und Geschworene wesentlich erhöht worden sind, mehr als bisher an der Laienjustiz beteiligt werden solle. Es bleibt abzuwarten, ob die Aufforderung Beachtung findet. Und wenn sie auch Beachtung finden sollte, solange das Richteramt selber noch aus Klassen besteht, die mit dem Volke nicht zu fühlen imstande sind, solange werden dennoch diese bekannten Urteile bleiben.

Armenfürsorge und Arbeitsunlust. Je weniger das Verrentum selber positiv schafft, um so mehr sind ihm die meisten Arbeitslosen nichts als Arbeitscheue. Untersuchungen, die die Armenkrankenfürsorge angestellt hat, haben nun aber ergeben, daß die Ursachen dafür, daß die Armenkranken der Fürsorge zur „Last“ fallen, nur in ganz wenigen Fällen Arbeitscheue ist. Bis auf wenige Fälle, in denen die Ursache nicht festgestellt werden konnte, war die Ursache fast immer Krankheit, Tod des Ernährers, Altersschwäche, Gebrechen, Unfälle, große Kinderzahl und wirkliche Arbeitslosigkeit und nur in verschwindend wenigen Fällen war die Ursache Arbeitscheue. Doch, ob jene Egoisten das hören oder nicht, sie bleiben doch bei ihrer alten gestösten Behauptung, weil diese ihnen in ihre selbstjüchtige Interessenwelt hineinpaßt.

Arbeitszeit und Familienleben. Jetzt ist von der Generaubeaufsicht offiziell anerkannt worden, daß die durch den Achtstundentag gewonnene Zeit dem Familienleben zugute kommt. Die Arbeiter versuchen jetzt, die schwierigen Lebensbedingungen der Familien zu erleichtern und stehen auch zu Hause der Frau hilfreich zur Seite. Besonders günstig wird der Achtstundentag dem württembergischen Verichte zufolge von den Frauen beurteilt. Namentlich der freie Sonnabendnachmittag wird als Wohlstand empfunden, weil er Zeit zur Erledigung von häuslichen Arbeiten gibt. Noch mehr geschätzt wird in dieser Hinsicht der ganz freie Sonnabend, den verschiedene Textilbetriebe eingeführt haben und den sich die Frauen nicht wieder entziehen lassen wollen. Darum sollte man diese Einrichtung auch in anderen Bezirken einmal versuchen zum Segen der Arbeiterfrau und damit unserer Zukunft, denn es ist und bleibt ein Linderung, Mutter und Arbeiterin zu sein.

Die proletarische Frau. Immer wieder stellt die Statistik fest, daß die Krankheitshäufigkeit bei der erwerbstätigen Frau größer ist als beim erwerbstätigen Mann. Nicht nur die Zahl der erkrankten Personen ist immer höher, sondern auch die Zahl der Krankheitsstage ist größer als beim Mann. In noch schlimmerem Maß als bei der körperlich schaffenden Frau tritt dieses Verhältnis zutage bei der geistig tätig Weiblichen. Hier ist die gesundheitliche Lage doppelt bis dreimal so schlecht als beim Mann, wie statistische Untersuchungen an Lehrern und Lehrerinnen in Stettin, Kiel, Mannheim, München, Hamburg und Magdeburg bewiesen haben. Trotzdem besitzen gerade diese intellektuellen Frauen das geringste Verständnis für die proletarische Bewegung. Aber auch die arbeitenden Frauen stehen unserem Kampf noch viel zu lässig gegenüber. Soweit sie beruflich tätig sind, haben sie ja wohl die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses mehr als früher erkannt, doch sieht es noch recht dunkel aus im Reich der proletarischen Frauen ohne Beruf, der proletarischen Hausfrauen. Sie kennen keinen Achtstundentag, und wenn die Gewerbebehörden ihre Arbeitsbedingungen einmal feststellen würde, dann würden herrliche Zustände offenbar werden. Aber um die proletarischen Hausfrauen kümmert man sich nicht. Während alle weiblichen Berufe statistisch erfasst sind, fehlt uns jede Statistik, die die proletarischen Hausfrauen behandelt. So bleiben diese zweifellos traurigen Krankheits- und Sterblichkeitsziffern dieser Frauenwelt auch weiter einseitigen vom Schleier der wissenschaftlichen Untätigkeit bedeckt, weil die Frauen selber nicht tätig sind, weil sie ihr Los ertragen, statt eine Besserung zu erstreben. Wäre auch das Proletariat der Berufsarbeit von einer derartigen Gleichgültigkeit erfüllt, so würden auch die sozialen Verhältnisse dieser Berufe noch höchst unklar und höchst mangelhaft sein. Wenn hier wenigstens etwas geschieht ist, so ist das allein die Folge des Zusammenschlusses.

Genossenschaftliches. Die Volksfürsorge, gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft hat soeben ihren Geschäftsbericht für das Jahr 1920 herausgebracht. Sie wurde im Jahre 1913 von den deutschen Gewerkschaften und Genossenschaften ins Leben gerufen, um die Volksversicherung des kapitalistischen Charakters zu entkleiden und den Versicherten eine Versicherung zum Selbstkostenpreise zu bieten. Das Aktienkapital in Höhe von 1 Million Mark stellten die Gründer zu einem Zinssfuß von 4 Prozent zur Verfügung, während sie auf jeden weiteren Gewinn aus dem Unternehmen verzichteten, so daß alle erzielten Ueberschüsse den Versicherten zufließen. Die Versicherungsbedingungen und -tarife wurden so gestaltet, daß sie den weitestgehenden Wünschen genügen. Neben der reinen Kapitalversicherung, deren Tarife Monats- und Halbmögensprämien aufweisen, gelangen die Risiko- und Sparversicherung zur Einführung. Der Verfall von Versicherungen ist ausgeschlossen. Wenn die Prämienzahlung unterbrochen wird, kann später die Nachzahlung der restierenden Beiträge erfolgen oder die Versicherung um den Zeitraum, für welchen Prämien nicht entrichtet wurden, hinausgeschoben werden. Wird die Prämienzahlung nicht wieder aufgenommen, erfolgt im ersten Jahre Umwandlung in eine Sparversicherung, nach längerem Bestehen in eine prämienvfreie. Die von der Volksfürsorge garantierten Versicherungssummen sind fast durchweg erheblich höher als bei andern Gesellschaften. Beim Tode durch Unfall gelangt die volle Versicherungssumme auch dann zur Auszahlung, wenn die Versicherung erst wenige Tage bestanden hat, während sonst eine einjährige Karenzzeit vorgeschrieben ist. Ein Versicherungsabschluss kann bis zur Höhe von 5000 M. erfolgen, doch ist daneben noch eine Sparversicherung zulässig. Seit Juli d. J. ist auch die Großlebensversicherung bei der Volksfürsorge eingeführt, so daß man jetzt auch denen dienen kann, die größere Summen für eine Versicherung anlegen können.

Heute verfügt die Volksfürsorge, deren Fortentwicklung durch den Krieg natürlich ebenfalls sehr behindert wurde, bereits in allen Bezirken über einen guten Rahmen für die Organisation. Es fehlen aber noch Laufende von Mitarbeitern, wenn das in mehrfacher Hinsicht vorbildliche Büro des Instituts der großen Masse der wertvollen Bevölkerung zugute kommen soll.

Bei der Volksfürsorge wurden versichert bis Ende Mai 1921 807 435 Personen mit 640 502 724 M. Der Jahresabschluss für 1920 weist in der Gewinn- und Verlustrechnung einen Ueberschuß von 1 606 074,08 M. auf, wovon nach den üblichen Rückstellungen der Gewinnreferende der Versicherten 1 250 529,78 M. als Dividende zugeführt wurden. Bemerkenswert ist, daß unter den im letzten Jahre mit 646 198,10 M. regulierten 4394 Sterbefällen sich 90 Anträge infolge Unfall befanden, auf die 108 316,20 M. entfielen, während für diese Versicherungen nur 2077,28 M. an Prämien entrichtet wurden.

Die Volksfürsorge befindet sich in guter Fortentwicklung. Unsere Berufsangehörigen haben jedoch die Pflicht, an dem großen Werke mitzuarbeiten. Jeder möge darum in seinem Bekanntenkreise auf das Institut verweisen und sich, wenn irgend möglich, als Vertrauensperson in den Dienst desselben stellen. Der Vorstand der Volksfürsorge in Hamburg 5 ist zu jeder weiteren Auskunft, sowie Uebersendung von Informations- und Agitationsmaterial gern bereit.

Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

Bulsdorf. Der „Kollege“ Karl Bachow ist unter Zurücklassung seines Verbandsbuches abgereist und hat ferner vergessen, gesammelte Unterstüßungsgelder (Arbeitslose) abzuliefern. Der Hinweis muß beachtet werden, wenn Bachow irgendwo auftaucht.

Beucha. Für den Streit sind für die hiesigen Kollegen eingegangen: Eisenbahner Beucha 50,50 M., Steinarbeiter Borsdorf 60 M., L. Bornheim 10 M., Gemeindevorstandskonferenz UEB. 55,50 M., Karl, Ernstfest Kleinheuberg 34 M., Kollege Bruß 100 M. Die Zahlstelle quittiert dankend.

A. A. S. u. n. e. r. e. r.

Carlschafen. Dem Kollegen Carl Wolte, geb. 8. 5. 1890 zu Herstelle, ist seine Interimskarte Nr. 62 185 auf unauferlegte Weise abhanden gekommen. Für die Kollegen von Carlschafen und Umgebung treten vom 1. Oktober ab die höheren Beiträge in Kraft, bis dahin müssen sämtliche Bücher und Papiere in Ordnung sein. Aug. Bape, Kassierer.

Adressenänderungen.

Breslau. Kass.: Heinrich Büll, Girschstraße 74 III.

Sornberg. Vor.: Friedrich Raier, Sägegrün 110.

Freudenberg a. Main. Vor. und Kass.: Franz Walz.

Großheubach. Vor.: Franz Anton Dauber. Kass.: Joseph Umscheid, Paulgasse 109.

Briefkasten.

Sodenau. 1. Eine Fahrt kostet 137 M., zurück also das Doppelte. 6 Tage gehen mit allem drauf. Die üblichen Verbandsbesprechungen sind bekannt, ohne große Anstrengung kann demnach das Exempel von dem oder den Interessenten selbst gelöst werden.

2. Der Verband.

Kristall. N. Auf der Einwendung fehlt der Zahlstellenstempel, auch ist sonst eine Ungenauigkeit festgestellt. Die Angelegenheit mit den Ueberstunden muß in der örtlichen Versammlung entsprechend kritisiert werden. Die Veröffentlichung stelle deshalb zurück.

Stuttgart B. Deine Auffassung ist richtig. Die 25 Prozent Abgeltung vom Tageslohn für je 1 Monat soll gerade jenen Kollegen zugute kommen, die nirgends im Betrieb heimisch werden können. Die Ursache der Entlassung darf jedoch nicht in der Person des Entlassenen liegen. Daraus ist zu entnehmen, daß die Ferienabgeltung eine Vereinbarung ist, die laufend in Anwendung kommt.

Druckfehler-Berichtigung. In dem Schlussartikel von der Innsbrucker Tagung hat sich durch falsche Interpretation ein sinn- und sachentfremdender Fehler eingeschlichen. An der Stelle, wo es in der dritten Spalte heißt „Die Tagung wurde nach einem zusammenfassenden Schlusswort des Kollegen B. geschlossen“, darf kein Doppelpunkt, sondern nur ein Punkt stehen. Denn was hinter diesem Satz geschrieben steht, gilt als kurzes Resümee der Schriftleitung und hat mit dem Schlusswort nichts zu tun. Durch die falsche Interpretation wird das Gegenteil hervorgerufen. Die Kollegen mögen es berichtigen, sie haben wohl schon teilweise bemerkt, daß der Anhang nicht recht in ein Schlusswort paßt.

Neue Bücher, Zeitschriften usw.

Nr. 16 der „Betriebsrätezeitung“ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes beschäftigt sich weiter mit planwirtschaftlichen Untersuchungen. Die steuerliche Erfassung der Erträge aus den Sachwerten in einer Planwirtschaft wird aufgezeigt, die gemeinwirtschaftliche Regelung des Wohnungswezens dargelegt. Ganz besondere Beachtung wird der Aufsatz „Die Landwirtschaft in der Planwirtschaft“ finden, da eine solche Untersuchung bislang fehlte. Ausführungen des Generaldirektors Dr. Duisberg und Baurats Dr. Kösters zeigen, wie hervorragende Wirtschaftsführer zu den Forderungen der Arbeiterbewegung stehen. Die Entwicklung und die heutige Organisation der Kalkindustrie schildert ein sehr interessanter Beitrag; „Neues aus den Betriebswissenschaften“ behandelt Montage und Revision. Unter „Gesetz und Recht“ erscheinen wieder eine große Zahl ausgewählter Schiedssprüche, die für jeden Betriebsrat von Wert sind. Zahlreiche andere Aufsätze vervollständigen den Inhalt dieses an Lehrmaterial so reichen Heftes. Die beigegebene Karte zeigt diesmal Südafrika und vervollständigt die Sammlung. Die „Betriebsrätezeitung“ kann jedermann bei der Post, vierteljährlich 3 M., bestellen. Durch die Organisation ist sie erheblich billiger für die Gewerkschaftsmitglieder erhältlich.

Die Schwelle. Unter diesem Titel erschien soeben in der Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, Berlin C 2, ein Buch, das besonders für Jugendweihen und Schulentlassungsfeier bestimmt ist. Es sind Gedichte und Gedanken für die proletarische Jugend, herausgegeben von Rudolf Schwachkopf. Mit zahlreichen Bildern und Zeichnungen von Hans Balluscher. Der Preis von 12 M. für das schöngebundene Buch ist verhältnismäßig und in Anbetracht aller Umstände als außerordentlich niedrig zu bezeichnen. Organisationen, denen bei größeren Bezügen dieser Preis noch bedeutend ermäßigt wird, wollen sich direkt an die Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C 2, wenden.

Eine Zeitschrift der Arbeiter-Jugend-Internationale. Am 1. Oktober wird die erste Nummer der neuen Monatszeitschrift der Arbeiter-Jugend-Internationale „Die Arbeiter-Jugend-Internationale“ erscheinen. Sie wird für alle Gebiete der Arbeit in der internationalen sozialistischen Jugendarbeit Anregungen geben, über den Stand der Organisationen in den angeschlossenen Ländern berichten und für den engeren Zusammenichluß der Internationalen angehörenden Organisationen und ihrer Jugend im Sinne der sozialistischen Weltanschauung wirken. Die Zeitschrift kann schon jetzt für Deutschland beim Hauptvorstand des Verbandes der Arbeiterjugendvereine Deutschlands, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, bestellt werden. Der Abonnementpreis beträgt pro Jahr und Exemplar 12 M. Die Organisationen erhalten die Abnahme mehrerer Exemplare Preisermäßigungen. Bei der Bestellung ist der Betrag von 3 M. für das 4. Quartal 1921 auf das Postcheckkonto Aug. Albrecht, Berlin 77 366, einzuzahlen.

Der in einem sechsundvierzigsten Jahrgang vorliegende **Neue Welt-Kalender** für das Jahr 1922 (Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer u. Co. in Hamburg) enthält die seit langen Jahren bekannte gute Aufmachung an Inhalt und Ausstattung. Unter anderem bringt er „Unsere Toten“ (mit Porträts). Darunter ein gut gelungenes Bild unseres Freundes M. S t a u d i n g e r und in kurzen Strichen seinen Lebens- und Leidensweg. Den sonstigen Inhalt aufzuzählen, fehlt es an Raum, gesagt kann nur werden, daß der Welt-Kalender einer der besten ist, die alljährlich erscheinen. Der Preis des Kalenders beträgt 3 Mark einschließlich Buchhändleraufschlag.

Friedrich M. Wind: „Räterusslands Not“, brosch. 8 M., geb. 12 M., Verlag Gesellschaft und Erziehung G. m. b. H., Berlin-Tichtenau.

Das Schicksal Russlands wird noch auf Jahre hinaus die europäische Welt, insbesondere aber die Sozialisten aller Länder beschäftigen. Das Zauberwort von der Erlösung des Proletariats durch Sowjet-Russland beginnt zwar seine Kraft zu verlieren, dafür wird aber die russische Frage mehr und mehr zu einem praktischen Problem. Deshalb wird das Interesse an Russlands künftigen Schicksal für die organisierte Arbeiterschaft aller sozialistischen Richtungen nicht geringer, sondern stärker werden, denn das mit natürlichen Reichtümern so begünstigte Land ist ein wichtiger Faktor für den Wiederaufbau Europas. Zu einer nüchternen Beurteilung der russischen Frage gehört aber eine von allen Ideologien freie, objektive Darstellung dessen, was in Russland nach dem Krieg wirtschaftlich und kulturell an praktischer Zukunftsaussicht geleistet worden ist. Friedrich M. Wind, ein deutscher Volkswirtschaftler mit kommunistischen Anschauungen, der eine achtmonatige Forschungsreise

nach Russland unternommen hat, schildert in konzentrierter Form seine russischen Beobachtungen und Erfahrungen. Aus diesen Gründen ist dieses Buch ein wertvoller Berater für die künftige Einstellung der deutschen Arbeiterschaft zu Russland. Durch seine Sachlichkeit und durch sein strenges Bemühen, die Dinge nicht zu beschönigen, sondern sie wirklich zu sehen, wird es viel dazu beitragen, das russische Problem aus dem Nebel politischer Phantasie-reden in die nüchternen Wirklichkeit zu tragen.

Der Werdegang der Arbeiter-Jugend-Internationale. Im Verlag der Arbeiter-Jugend-Internationale ist soeben eine Schrift erschienen, die die Entstehung und die Ziele dieser jungen internationalen Verbindung darlegt. Die Schrift ist in Deutschland zum Preis von 3 M. vom Hauptvorstand des Verbandes der Arbeiterjugendvereine Deutschlands, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, zu beziehen.

Die Verlagsbuchhandlung des Bundes der technischen Angestellten und Beamten, Berlin NW 52, hat eine Broschüre „Wohnungsmangel in Stadt und Land“ von Victor Noack herausgebracht. Das darin niedergelegte Tatsachenmaterial ist von ausgezeichnetem Wert und geeignet, in den weitesten Kreisen der Bevölkerung bekannt zu werden. Die Broschüre kostet im Buchhandel 4,95 M., Vereinsausgabe 3 M. das Stück einschließlich Porto.

„100 Milliarden neue Steuern“, Wer soll zahlen, arbeitendes Volk oder Besitzer von Goldwerten? Von Ernst Heilmann. Preis 2,50 M. Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Anzeigen

Wehrs Steinhauerbürsten

Rehbachbleistifte, Maßstäbe
Liefert fortwährend jedes Quantum
Georg Wehr, Steinmetz, Neustadt a. d. Aisch (Bayern).

Jeder kann sofort Schriftzeichen nach meiner Methode!
Auffklärungsendung mit Probe-Alphabet
und Verzierungsblatt Nr. 1. Preis 30 Mark
Schriftzeichnerei Sieben (Hessen), Licherstraße 37.

Steinhauer-Bürsten

Maurer- und Aneetze-, sowie alle Sorten Pinsel liefert bestens und billig.
(Muster zur Verfügung). **Christoph Winkler**, Steinhauer,
Unternesselbach bei Neustadt a. A. (Mittelfranken).

Tüchtige Marmorpoliseure

stellen ein
Steinwerke Jaminet G. m. b. H., Essen, Töpferstraße 104.

Tüchtige Steinmetzen

auf Sandstein und Muschelkalk bei 7,15 M. Stundenlohn
stellen sofort ein
C. & P. Quirbach, Betzdorf (Sieg).

Marmorsäger

für Vollgatter werden für dauernde Arbeit gesucht.
Stettiner Steinindustrie G. m. b. H., Stettin.

Steinmetzen für Sandstein stellt ein

C. Menzel, Ruhland.

Wir suchen für sofort 5 Pflastersteinhauer für unseren Betrieb
Hornberg - 5 Pflastersteinhauer, 1 Werkzeugschmied
und 2 Maschinenschleifer für unseren Betrieb **Villingen**.
Gute Verdienstmöglichkeit. Schwarzwalddarft. Preiswerte Kost und
Unterkunft bei der Arbeitsstelle. Schotterwerke Bahnanschluss
Südwestdeutsche Hartstein-Industrie GmbH. Haslach
(Badischer Schwarzwald).

Marmorschleifer

auf Rundscheife, tüchtig und unverheiratet, kann sofort eintreten.
Fr. Schulze, Inh. A. à Brassard, Halle.

Achtung! Welcher tüchtige Steinmetz würde sich an einen
kleinen, aber guten Granitwerk beteiligen. Es
ist eine nie wiederkehrende Gelegenheit. Erforderlich sind 10-15000 M.
Off. sind einzureichen an die Schriftleitung d. Bl. unter „Granitwerk“.

Selbständiger Steinhauer,

in allen Kunststeinarbeiten erfahren, sofort gesucht von Baumeister
Wenz, Weinheim, Bergstraße. (Tageslohn 7,30 Mark).

Tüchtiger junger Steinmetz

auf Sandstein und Schriftbauern findet dauernde Beschäftigung.
Franz Noll, Steinbildhauerei, Zeven (Bez. Bremen).

Solide Steinmetzen gesucht

für dauernd. Grabstein-Arbeit.
Granitwerk Wersau bei Reinheim-Hessen.

Sofort tüchtiger Granitsteinhauer

sauberer Arbeiter für Grabdenkmäler in dauernde Beschäftigung
gesucht. Betreffender muß Geschir selbst schärfen.
Karl Bühler, Villingen i. Baden.

Für umfangreiche Kriegerdenkmal-

Arbeiten stelle noch mehrere **Granitsteinmetzen**
(Spalter u. Putzer) **Bruchschmied.** Winterarbeit vorhanden.
Stahlberg, Steinindustrie, Hirschberg in Schlesien.

Marmorschleifer

für Hand oder Maschine bei hohem Lohn
und dauernder Beschäftigung sofort gesucht

Chr. Aumüller, Marmorwerke, Duisburg, Philosophenweg 24.

Steinmetzen

Einige solide
in profilierten gotischen Arbeiten in
Muschelkalk und hartem Sandstein
tüchtig, können gut bezahlte Beschäftigung finden.
Münsterbauhütte in Ueberlingen am Bodensee.

Tüchtiger Steinmetz

ledig, sofort gesucht. Kalksteinarbeit. Stundenlohn 7,80 Mark.
Dellner & Häser, Braunschweig, Helmstedterstraße 53.

Gestorben.

Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht,
für die die Todesanzeigen (zur allgemeinen Kenntnis) eingeleitet werden.)

In **Alvensleben** am 2. September der Sandsteinmetz
Friedrich Wipper, 52 Jahre alt, Lungenentzündung.

In **Reichenbach** am 3. September der Granitsteinmetz
Heinr. Köhler, 28 Jahre alt, Lungentuberkulose.

In **Dresden** (Rohmen) am 4. September der Sandsteinmetz
Max Kind, 48 Jahre alt, Lungentuberkulose.

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag von
Ernst Winkler, beide in Leipzig.
Gedruckt in der „Freien Presse“, Leipzig.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Wegen Umgehung des Arbeitsnachweises wurden die Kollegen
Heinrich Keller und Franz Lazarus auf Antrag der Zahlstelle
Berlin aus dem Verbands ausgeschlossen.

Dem Kollegen Friedrich Nuch wird auf Antrag derselben
Zahlstelle wegen Denunziation eines Kollegen hiermit öffentlich
eine Rüge erteilt.